
Nummer 187 // Juli // August 2015



Das Lebenselexier aus der Roten Flora

Doppel
herz

Die Kraft der zwei Herzen.

Moin,

jetzt ist es soweit. Der Sommer hat begonnen… und mit ihm die große Sommerbaustelle. Im Inneren der Flora ist ja schon etliches passiert und einige von euch werden die baulichen Neuerungen bestimmt schon bei der Eröffnung des neuen Voküeingangs selbst in Augenschein genommen haben. Die Ausstellung zur Geschichte der Fassade, die im Rahmen der Baustelle entwickelt wurde und ebenfalls am Sonntag ihre Eröffnung feierte, wird noch in den nächsten Wochen immer Mittwochs von 18.00 – 20.00 Uhr in den Räumen der Flora gezeigt. Inzwischen steht auch das Gerüst an der Frontseite der Flora und die Vorabarbeiten werden in den nächsten Tagen beginnen. Mit dem Beginn der großen Sommerbaustelle wird nun auch den Äußerlichkeiten der Flora auf die Pelle gerückt. Ein solidarischer Gruß geht an dieser Stelle an die Wandergesell_innen von Axt und Kelle die ihre Arbeit und ihr Know-how für 3 Wochen zur Verfügung stellen. Ein Dank gilt aber auch allen helfenden Händen seit Beginn der Bauarbeiten! Wir sind jetzt schon gespannt wie die Flora im September, zur nächsten Ausgabe, aussehen wird… denn dann sollten alle Arbeiten beendet und der reguläre Betrieb wieder aufgenommen sein.

Wir haben in die aktuelle Ausgabe nochmal einen langen Text zu der Verdeckten Ermittlerin Iris Plate rein genommen, der zwar schon anderweitig veröffentlicht wurde aber nach unserer Ansicht zu wenig Aufmerksamkeit bekommen hat. Sonst wie immer: Ankündigung, viel Kurzes, Debattenbeiträge, Dokus und mehr aus der Szene.

Der Olympiascheiß nimmt langsam Konturen an und lässt schon jetzt tief blicken: „1,38 Milliarden Euro für sichere Spiele in Hamburg“ titelt die Welt – knapp 10 Jahre bevor in Hamburg nach dem Willen von Handelskammer und Senat Olympische Spiele stattfinden sollen. „Die Behörden setzen dabei stark auf Videoüberwachung“, schreibt die Welt. Auf dem Weg zu den Olympischen Spielen wird sich Hamburg – sollte die Stadt tatsächlich den Zuschlag bekommen – in eine Festung verwandeln. Hamburg also Total-Überwachungszone und Hochsicherheitstrakt in einem. Innen- und Sportsenator Neumann liegt – wie die Welt berichtet – ein erstes Sicherheitskonzept vor: „Darin steht, dass der Einsatz von Polizei und Sicherheitsdiensten, Material und Sicherheitstechnik 850 Millionen Euro kosten würde – ohne Berüksichtigung der „außerhalb Hamburg gelegenen Sportstätten.“ Ein Blick nach London zeigt was das in der Praxis heißt: Totale Videoüberwachung, Luftabwehr-Kanonen auf Dächern, Einsatz des Militärs und einiges mehr waren mit dem Spektakel dort verbunden.

Also jetzt in die Puschen kommen und Olympia unmöglich machen!

Ab in den Park: eure Zecken

... und Texte/Kohle bis zum 20. August in unsere Postfächer

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

KURZES

Stoppt die rassistischen Polizeikontrollen

Im Rahmen der seit ca. einer Woche andauernden, massiven, rassistischen Polizeikontrollen fand am Abend des 12.06.2015 eine Spontandemonstration statt.
Ca. 100 AktivistInnen starteten am Schanzenpark in dem vor 3 Tagen ein Refugee der People of Color von BeamtInnen der Hamburger Bereitschaftspolizei begleitet von Androhung massiver Gewalt festgenommen wurde. Lautstark zog die Demo durch das Schanzenviertel, vorbei an dem auch von den Kontrollen betroffenen Florapark zum PK 16, sowie durch St. Pauli zur Davidwache. Beide Kommissariate sind maßgeblich an den rassistischen Kontrollen beteiligt! Abschluss der Demo war die Balduintreppe an der Hafenstraße. Auch dort kommt es immer wieder zu Kontrollsituationen und Festnahmen. Betroffen davon waren ausschließlich People of Color. Es is nicht damit zu rechnen, dass die polizeilichen Maßnahmen in absehbarer Zeit eingestellt werden. Von daher ist es notwendig, sich an den betroffenen Orten aufzuhalten, die Kontrollen zu stören und zu verhindern. Lasst die Verantwortlichen auf allen Ebenen spüren, dass wir ihre Vorgehensweise nicht tolerieren werden!

* * * * * * * * *

Antirassistische Spontandemos

Seit Anfang letzter Woche haben sich die rassistischen Polizeikontrollen im Schanzenviertel und auf St. Pauli massiv verschärft. Schon am Mittwoch kam es dabei zu Pfeffersprayeinsätzen gegen solidarische Anwohner_innen in der Hafenstraße. Die Bullen kontrolieren in Gruppen von 2 bis 20 Personen die umliegenden Straßen und belästigen mit ihrem Reviergehabe alle Anwesenden.
Am Samstag (6.6.) versammelten sich 2 mal ca. 50 solidarische Menschen und zogen lautstark durch St. Pauli Süd. Dabei wurden zahlreiche Flyer verteilt und Parolen gegen rassistische Kontrollen und Grenzregime gesprüht. Nach zwei Runden und einer Stunde durch Hamburgs ältestes Gefahrengebiet löste sich die Gruppe selbstbestimmt auf, den zu spät erschienenden Bullen blieb es überlasseen noch zwei brennende Autoreifen auf der Hafenstraße zu löschen.
Das kann erst ein bescheidender Anfang gewesen sein: Schluß mit dem Polizei gehampel in unserem Viertel, stört die rassistischen Kontrollen wo und wie ihr könnt!

* * * * * * * * *

Antifa-Stadtteilrundgang

Am 10.06 begaben sich ca. 60 Antifaschist_Innen in den Hamburger Stadtteil Berne um dort Nazipropaganda zu beseitigen und die Bevölkerung mit Flyern über Naziaktivitäten zu informieren. Während des Antifa-Stadtteilrundgangs wurden zudem hunderte Aufkleber und mehrere Plakate mit der Aufschrift „Antifa heißt Angriff" geklebt.
In mehreren hundert Briefkästen und an vielen Autos wurden zudem folgende Flyer hinterlassen:
Heute Abend (10.06.2015) waren wir mit einer Gruppe von Antifaschist_Innen in Farmsen/Berne unterwegs. In diesen Stadtteilen gab es in letzter Zeit immer mehr Aktivitäten der lokalen Nazis.

Dies zeigt sich durch:
• Organisierung einer rassistischen Demonstration
• NPD- und andere Nazi-Aufkleber im Straßenbild
• NSU-Schmierereien
• Organisation von NPD-Ständen in der Region
• Bedrohungen und (körperliche) Angriffe durch Nazis
Aber gegen diese Aktivitäten gibt es auch zunehmend Widerstand: Bei Rundgängen im Stadtteil wurden immer wieder Aufkleber und Schmierereien entfernt, auch die rassistische Demonstration wurde durch verschiedene Aktionen gestört. Für uns ist es wichtig, dass der Widerstand weitergeht. Nazis und ihre Ideen sollten im Alltag keinen Platz haben, denn unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung ist. Soziale und politische Konflikte sollten gemeinsam und solidarisch gelöst werden. Diesem Ziel stehen Nazis ganz klar entgegen. Unser heutiger Rundgang soll zeigen, dass wir ihnen das Viertel nicht überlassen. Den Widerstand in den Vierteln organisieren!

Für weitere Informationen oder für den Fall, dass ihr Naziaktivitäten im Viertel beobachtet, schreibt uns an:
antifa_farmsen_berne@riseup.net
Wir werden auch in Zukunft den Nazis das Leben schwer machen und genau dort auftauchen, wo sie sich bewegen!

* * * * * * * * *

Wer sind die Rotznasenanarchies?

Es ist nun ein Jahr vergangen seit wir den Plan hatten eine Kinder-VoKü in Hamburg zu starten. Unsere anfängliche Idee, einmal im Monat vegan, laut und rotzfrech zu kochen hatte sich schnell weiterentwickelt. Wir haben gemerkt, dass Angebote für Kinder und deren Bezugspersonen innerhalb linksradikaler Räume fehlten. Durch viele Gespräche wurde uns langsam klar, dass sich Bezugspersonen von Kindern in (Frei-) Räumen oft ausgeschlossen fühlen. Auch Angebote für Kinder, die bezahlbar bzw. umsonst sind wurden von vielen vermisst.
Also steckten wir unsere Köpfe zusammen und überlegten ob und wie wir diese Umstände ändern könnten. Und nach einigen Überlegungen entstanden die Rotznasenanarchies.

Wer sind die Rotznasenanarchies?
Wir sind eine Gruppe von Menschen, die sich in einem linksradikalen Umfeld verorten und auf unterschiedlichen Ebenen politisch aktiv sind. Nicht alle von uns leben selbst mit Kindern zusammen. Was uns verbindet ist die Überzeugung, dass ein anderes Leben möglich ist, dass genug da ist für Alle und dass jeder Mensch einen bedingungslosen Anspruch hat auf Freiheit und Glück und das Recht selbst zu entscheiden, wo und wie er_sie leben möchte.
Wir sind der Meinung, dass wir alle aufeinander aufpassen müssen, wir wollen die Verantwortung für uns und unser Umfeld weder auf Einzelne abwälzen noch an vermeintliche Profis delegieren. Wir wissen, dass wir mit diesen Ansprüchen nicht alleine sind. Trotzdem sehen sich Menschen oft gezwungen, ihre politischen Aktivitäten ein ganzes Stück weit zu reduzieren, wenn sie als Bezugspersonen mit Kindern zusammen leben.

Das muss so aber nicht sein!
Wir begreifen linksradikale (Frei-)Räume als Orte, in denen wir ausprobieren dürfen, wie wir solidarisch miteinander umgehen können. Wo uns die Unterschiede zwischen unseren Bedürfnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen nicht voneinander trennen, sondern stärker, bunter und spannender machen. Dabei wollen wir nie aufhören, uns und unser Umfeld kritisch zu hinterfragen, wir werden immer wieder die Ohren spitzen und genau hinschauen, was wir vielleicht noch ein bisschen besser machen können.
Eine unserer Ideen ist die Rotznasenküche. Wir haben Lust auf eine Vokü, in die sich auch Kinder einbringen und wohlfühlen können, wir wollen versuchen einen Rahmen zu schaffen, in dem wir zusammen ko-

chen und essen können, in dem wir zusammen spielen, träumen und Pläne schmieden können.

Träume brauchen Räume
Denn schließlich haben Kinder die wildesten und schönsten Träume. Deshalb sind wir zusätzlich zur Vokü auch eine ansprechbare Struktur für politische Aktionen, für Demonstrationen, Camps oder Kongresse. Und für Eure anderen Ideen, an die wir bisher noch gar nicht gedacht haben. Bei all dem würden wir uns freuen, wenn wir möglichst frühzeitig in die Planung mit einbezogen werden, damit wir Zeit haben, unsere Köpfe zusammen zu stecken und Ideen zu entwickeln.

Mehr Infos zu den Rotznasenanarchies und Kontaktmöglichkeiten unter:
www.rotznasenanarchies.noblogs.org

* * * * * * * * *

Take down RSD.

150 Menschen bei Spontan-Protest gegen „Pick-Up-Artists“ Das Seminar zum „Frauen aufreißen“ musste ins Internet verlegt werden.
Peinliches Eingeständnis der Firma Real Social Dynamics: Aus dem angekündigten, mehrtägigen Seminar zum „Frauen aufreißen“ wird eine abgespeckte Onlineversion. Gester, am Donnerstag den 7. Mai, versammelten sich ca. 150 Menschen spontan am Hauptbahnhof um gegen die Aktivitäten der Firma RSD in Hamburg zu protestieren. Geplant war zum Ort des Seminares zu fahren um dort ein zeichen gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt und "pick-up" zu setzen. Die Firma Real Social Dynamics (RSD) entschied letztendlich das Seminar online abzuhalten.
„In Hamburg gibt es anscheinend weder genügend Nachfrage noch entsprechende Räumlichkeiten für eine solche sexistische und frauenverachtende Show, aber dafür genug Gegenwind“ kommentiert Luca Lenge vom Bündnis „Pick-Up-Feminism – Take-Down-RSD“ die Verlegung des Seminars ins Internet.
Bis zum Schluss versuchte RSD den Austragungsort des mehrere tausend Euro teuren Seminars in Hamburg zu verheimlichen - ein Verhalten, das charakteristisch für das Auftreten der Firma ist. Schliesslich stellte sich heraus, dass das Seminar garnicht stattfindet, sondern nur eine virtuelle Version in Form eines sog. Webinars.
Die US-amerikanischen Firma RSD, die sich selbst als weltweit größtes “Dating Coach”-Unternehmen bezeichnet, kam im vergangenem Jahr durch Julien Blanc in die Schlagzeilen. Blanc vebreitete via Youtube und twitter frauenfeindliche „Aufreiß-Tipps“, die bis hin zum Aufruf zu Vergewaltigungen reichten und erhielt dafür Einreiseverbote u.a. in Großbritannien und Australien. Mithilfe pseudowissenschaftlicher Theorien und einer frauenverachtenden Ideologie soll Männern* in den Seminaren von RSD innerhalb kurzer Zeit beigebracht werden, wie man Frauen* ins Bett bekommt – wenn nötig, auch gegen deren Willen. Die ideologische Basis der Pick-Up-Szene profitiert von einer Gesellschaft, in der sexuelle Übergriffe noch immer als „Kavaliersdelikte“ betrachtet werden, obwohl fast jede siebte Frau* im Laufe ihres Lebens davon betroffen ist, und Opfer sexualisierter Gewalt sich regelmäßig für ihre Kleidung oder ihr Verhalten rechtfertigen müssen.
Das Bündnis wird die Szene der Pick-Up-Artists auch in Zukunft nicht in Ruhe lassen. Das nächste Seminar in Hamburg plant RSD im Oktober 2015.
„Wir hoffen, dass Sozialbehörde, Bürgerschaft und der Hotel- und Gaststättenverband sowie Aktivist_innen dann an einem Strang ziehen und der Pick-Up-Szene keine Bühne bieten werden“, sagt Lenge.

* * * * * * * * *

Flora Football Alltogether

Die sommerliche Florabaustelle nehmen wir zum Anlass am 11.07. auf den Kunstrasenplätzen an der Feldstraße verschiedene Menschen, aus unterschiedlichen Projekten zusammen zu bringen und gemeinsam auf einen Platz zum kicken zu bewegen. Es wird ein Kleinfeldturnier mit 32 Teams unterschiedlichster Coleur geben. Begleitet wird dies wunderbare sportliche Ereignis durch Mucke vom Band, kühlem Bier und feste Nahrung wird ebenso geboten. Abends wird es noch die Möglichkeit geben, die geschundenen Beine zu den Klängen elektrischer Gitarrenmusik zum tanzen zu bringen. Da wir keine Start- oder Teilnehmer_innen Gebühr nehmen wollen, wird das Turnier und der daraus resultierende Solibeitrag zur Baustelle ausschließlich durch die Getränke und den Essensverkauf finanziert, kommt also ordentlich durstig und hungrig.

* * * * * * * * *



Olympia Wahnsinn stoppen!
Stadtteildemo in St. Georg am 4.7.

Die zweite Stadtteildemo „Olympia Wahnsinn stoppen!“ steht bevor: Wir werden wieder auf die Straße gehen, um unseren Unmut über die Pläne der Stadt Hamburg die Olympischen Spiele 2024 oder 2028 nach Hamburg holen zu wollen, deutlich zu machen! Dieses Mal sind wir in St. Georg. Kommt am 4.07. um 14.30 Uhr zum Hansaplatz, um gemeinsam mit uns zu demonstrieren!

Wo bitte geht's nach Olympia? Radtour für NOlympionist/innen - 05. Juli , 14:00 - 17:00
Immer mehr Menschen sind nicht Feuer & Flamme für Olympia, sondern stehen dem Megaevent äußerst skeptisch gegenüber. Gemeinsam erkunden wir NOlympionist/innen die Elbinsel Kleiner Grasbrook, auf der das Olympiagelände entstehen soll: mit Stadion, Schwimmarena, Olympia-Dome, Medienzentrum und olympischem Dorf. Der Großteil des Stadtteils besteht aus Hafengelände, das von der Hamburg Port Authority (HPA) verwaltet und weitervermietet wird.

Der Hafenwirtschaftsverband hat bereits signalisiert, 5 bis 7 Milliarden Euro Entschädigung für Herrichtung und Bezug der Ersatzflächen haben zu wollen. So würden – bei einem Zuschlag für Hamburg – u.a. das dort ansässige Fruchtterminal und die Autoverladestelle in den westlichen Hafen verlagert. Die Frage, wohin genau, ist ebenso ungeklärt, wie die nach den Erschließungskosten. „Hanseatisch bescheiden“ sollen die Spiele sein, niemand werde durch steigende Mieten verdrängt und überhaupt habe man die Kosten fest im Blick – so versucht der Senat zu beruhigen. Mit direktem Blick auf die Elbphilharmonie erkunden wir gemeinsam Teile des Geländes und diskutieren über Brot und Spiele.

Treffpunkt: Alter Elbtunnel, Ausgang Steinwerder, nicht St. Pauli!

* * * * * * * * *

Do 03.09.2015 - 19.30 Uhr
Buchladen im Schanzenviertel

Lesung mit Florian Huber
„Kind, versprich mir, dass du dich erschießt“
Der Untergang der kleinen Leute 1945.
Am 30. April 1945 schoss sich Adolf Hitler in Berlin eine Kugel in den Kopf. Zur selben Zeit strömten im Städtchen Demmin beim Einmarsch der Roten Armee hunderte Menschen in Flüsse und Wälder, um sich dort umzubringen. Ganze Familien wurden ausgelöscht, Eltern töteten ihre Kinder.
Demmin ist nur ein Beispiel unter vielen. Die Massenselbstmorde von 1945 sind ein bis heute verdrängtes Kapitel der Zeitgeschichte. Die tieferen Ursachen aber verbargen sich in der Innenwelt der Deutschen, die zwölf Jahre lang im emotionalen Ausnahmezustand gelebt hatten.
Florian Huber entwickelt die Geschichte der Gemüts- und Gedankenwelt der Menschen im Dritten Reich im Wechsel von historischer Reportage und Mentalitätsstudie – ein fesselnder Blick auf die Gefühle der kleinen Leute, die in ihren Untergang marschierten.

* * * * * * * * *

Breite Straße: Ermittlungen, U-Haft, Prozessauftakt

Die Ermittlungen laufen...Vor Kurzem sind, vor allem in Hamburg St. Georg, Flyer der Polizei aufgetaucht.
Darin ist die Rede von weiteren bisher unbekannten Verdächtigen im Zusammenhang mit der letzjährigen Hausbesetzung in der Breiten Straße in Hamburg, die noch gefunden werden sollen. Die Flyer beinhalten den Aufruf sich mir Hinweisen an die zuständigen Ermittlungsbehörden zu weden, enthalten allerdings keine weiteren Angaben oder Beschreibungen. Das zeigt mal wieder deutlich, dass die Ermittlungen keineswegs abgeschlossen sind und wie wichtig es ist immer und überall dicht zu halten. Es gibt keine harmlosen Aussagen und Gespräche. Lasst euch nicht zu Mutmaßungen hinreissen.
U-Haft beendet ...
Letzte Woche ist die vorerst letzte Person unter Auflagen aus dem Knast entlassen worden. Beim Haftprüfungstermin wurde festgestellt, dass der Haftgrund nicht mehr besteht. Er hat sich auf keinerlei Angebote oder Deals eingelassen.
Haltet euch weiterhin auf dem Laufenden, kommt zum Prozessauftakt am 25.08. und zeigt den Beschuldigten eure Solidarität!!!
Weitere Infos folgen...

CALL FOR SOLIDARITY KOLLEKTIVES ZENTRUM BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Dem kollektiven Zentrum ist mit Kündigung gedroht worden, falls die Nutzer_innen sich nicht bereit erklären, die oberen „besetzten" Stockwerke zu räumen. Für uns ist klar, dass der Platz für Werkstätten, sozialen Begegnungsstätten, Büros, Kinderspielzimmer und Sporträume nicht hergegeben oder verkleinert werden kann. Seit einem halben Jahr bespielen wir dieses Haus mit allen Hausmeister- und Veranstaltungsaufgaben, die so im täglichen Betrieb anfallen. Seit einem Jahr planten wir an der Nutzung dieses Leerstandes und an der Besetzung, die letztendlich türöffnend für die heutige Zwischennutzung war. Einige sind schon seit mehr als zwei Jahren dabei, im und mit dem Viertel gegen die Investoreninteressen auf diesem Gelände zu kämpfen. In diesem Haus sind mehr als 40 unterschiedliche Gruppen organisiert, die politisch arbeiten und jede Woche mehr Menschen, die den hier entstandenen Raum für sich nutzen.

Nun kann es im Zweifelsfall sehr schnell gehen mit dem aktiven Kampf um den Erhalt des koZe und es braucht weitaus mehr als das Engagement der Menschen, die hier schon seit Monaten aktiv sind und langsam auf dem Zahnfleisch gehen. Das kollektive Zentrum geht uns alle was an und verbindet die Kämpfe in dieser Stadt und über sie hinaus auf eine Art und Weise, auf die wir nicht verzichten können.

Wir müssen dieses Haus erhalten, in dem Flüchtlingsgruppen auf Pfadfinder_innen stoßen und Bastler_innen auf politisch Aktive, Nachbar_innen auf Straßenmusiker_innen. Wir müssen diese Chance nutzen, unsere jeweiligen Perspektiven um die all der unterschiedlichen Menschen hier um uns herum, zu erweitern. Wir erhoffen uns Solidarität aus den verschiedensten Strömungen. Für uns heißt Solidarität, nicht alles gut finden zu müssen, um gemeinsam zu kämpfen. Erzählt all euren Freund_innen von der Bedrohungslage und bildet Banden. Überlegt euch, wie ihr das kollektive Zentrum unterstützen könnt. DIY heißt auch, dass nicht jede Idee durch ein Plenum geschleift werden muss.

Kein Abriss! - Kein Neubau! - KoZe verteidigen!

08.06.15

OFFENER BRIEF DES KOZE

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wir sind sehr verwundert über die unterschiedlichen Signale, die wir derzeit von Seiten der Behörden erhalten. Einerseits findet am 09.06.15 nun endlich das von uns geforderte Gespräch im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung über die Zukunft des koZe mit allen Beteiligten statt (Fachamt SL, HBK Hanseatische Bau Konzept, LIG Landesbetrieb für Immobilienmanagement und Grundvermögen, KuNaGe e.V., koZe, Bezirkspolitik).
Andererseits droht der LIG mit seinem Brief vom 26.05.15 offen mit Kündigung. Besagter Brief basiert größtenteils auf Mutmaßungen und Unterstellungen. Zu oft wurden wir vom LIG getäuscht und belogen, deshalb dieser offene Brief. Auch damit wir uns am 09.06.15 nicht in Detailfragen über den Mietvertrag und etwaige Verstöße verlieren, sondern das Wesentliche im Auge behalten.

Seit September 2014 sind wir nun in dem ehemals leerstehenden Gebäude in der Norderstraße 65. Mittlerweile nutzen regelmäßig Kinder den Spielplatz, gleiches gilt für den leerstehenden Hof. Viele politische und soziale Gruppen haben im kollektiven Zentrum ein Zuhause gefunden. Kurzum, seitdem ist viel passiert und sehr viel wurde von uns erreicht.

Werfen Sie einen Blick in die Auflistungen der regelmäßigen und unregelmäßigen Veranstaltungen im Anhang. Die Angebote des kollektiven Zentrums sind unkommerziell, kostenlos und so vielfältig wie seine Räume: Es gibt Siebdruck-, Näh- und Fahrradwerkstätten, ein Fotolabor, einen Sportraum für Yoga, Capoeira, Kickboxen u.v.m., einen Kinderraum, ein Büro und einen Versammlungsraum, ein Kino, eine Bibliothek zum Lesen und Studieren, eine Küche, wo regelmäßig und im großen Stil gekocht wird. Viele Räume sind auch multifunktionell, so finden im „Barraum" Infoveranstaltungen, Vorträge, der Punk-Frisö rsalon oder Kulturveranstaltungen statt.

Bereits Anfang des Jahres haben wir versucht das gesamte Haus anzumieten. Hier erlebten wir wieder ein dé ja-vu. Wiederum versuchte der LIG, wie bereits bei der Durchsetzung der ursprünglichen Zwischennutzung, den Prozess zu blockieren. Die Türen standen jedoch alle offen und wir sind nicht mehr bereit unser Handeln von der Willkür des LIG abhängig zu machen. Wenn ein Bedarf an Räumen besteht, dann werden wir uns diese nehmen. Das haben wir bereits im Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung angekündigt. Dazu stehen wir, denn wir halten das für richtig. Und zwar nicht nur als kollektives Zentrum, sondern als Quartier Münzviertel und darüber hinaus.
Auf dem gesamten Gelände soll gebaut und voll funktionsfähige Gebä ude abgerissen werden, weil Investoren mit einem Neubau mehr Geld verdienen. Wiedereinmal stellt sich die Frage: Wer entscheidet über öffentliche Flächen und Gebäude und warum so und nicht anders? Sind unsere Ideen und Bedürfnisse nichts wert? Der Filz aus Privatinvestoren und Teilen der Stadt, deren kleingeistige Gedankenwelt sich ausschließlich am monetären Ertrag orientiert, wollen die Anwohner_innen und uns vor vollendete Tatsachen stellen.

Der LIG hat Sie und uns im vergangenen Jahr bereits mehrfach belogen, um eine



Zwischennutzung zu verhindern: Kampfmittelsondierungen, Verkehrssicherheit, Strom und Wasser seinen abgestellt. Nun geht das Lügen weiter. In dem gesamten Gebäudekomplex sind nahezu alle Heizungen angestellt und aufgedreht. Das bezeugen z. B. die eidesstattlichen Erklärungen, die wir bereits im vergangenen Jahr vorgelegt haben. Das kostet viel Geld und nun wird versucht, uns diese Kosten anzulasten. Dabei sind es doch gerade wir, die die Nebenkosten durch zeitweises Abstellen der Heizungen gesenkt haben. Ein Abstellen von Heizungen fand in den anderen Gebäudeteilen hingegen gar nicht statt.

Eine Kündigung des Mietverhältnisses wird die Situation nicht befrieden können und nur Verlierer_innen zurücklassen. Da wir aber als Teil einer progressiven antikapitalistischen Bewegung das Kämpfen und verlieren gewöhnt sind, haben wir uns längst vorbereitet, die vorzeitige Beendigung des Projekts kollektives Zentrum teuer, unbequem und unkontrollierbar zu machen.
Wir haben kein Interesse an einer Eskalation, doch wenn sich die Behörden dazu entschließen sollten, Nachbarschaftsinitiativen, Flüchtlingsgruppen, Volxküchen und vieles mehr wieder auf die Straße zu setzen, dann wird sich dort die Trauer und Wut über den Verlust des politischen Zuhauses Luft verschaffen.

Orte, wie das koZe werden benötigt, denn wo sollen sonst die hiesigen Veranstaltungen in dieser Stadt stattfinden? Unsere Ideen von kollektiver Selbstverwaltung sind besser und nachhaltiger als das geplante Neubauprojekt. Unsere Ideen sind in Bewegung, lassen sich nicht räumen und werden sich bei nächster Gelegenheit an anderer Stelle Raum nehmen.

Vielleicht sind die Unterstellungen der Innenbehörde, die uns laut taz vom 24.03.15 in einer Chronologie mit der Roten Flora und der Hafenstraße sieht, nicht ganz falsch. Das wir uns nicht einschüchtern lassen und uns zu helfen wissen, wenn uns z.B. ohne Vorankündigung die Heizung abgestellt wird (siehe taz 31.03.15), haben wir bereits gezeigt. Angst vor einer Kündigung und den daraus resultierenden politischen Auseinandersetzungen haben wir keine.

Kein Abriss! Kein Neubau! koZe verteidigen!

1.5.2015 ein Resümee des EA Hamburg

Am 1. Mai 2015 gab es in Hamburg unter anderem zwei „revolutionäre 1. Mai Demonstrationen“. Sie starteten zeitgleich um 18:00 Uhr – die eine Demo an der U-Bahn Feldstraße, die andere am Bahnhof Altona. Als Ermittlungsausschuss haben wir beide begleitet und wollen hier aus unserer Sicht ein kurzes Resümee des Abends ziehen.

Zur Bullentaktik gegen die Demos

Schnell wurde klar, dass die Hamburger Polizei nicht gewillt war, die Demonstration von der Feldstraße starten zu lassen. Schon nach wenigen Metern wurde diese massiv angegriffen. Die Pferdestaffel und zwei Wasserwerfer kamen zum Einsatz, während die ersten Reihen der Bullen hemmungslos zuschlugen und exzessiv Pfefferspray gegen die Demospitze einsetzten.
Kurz danach wurde die Demonstration von der Polizei dann als „aufgelöst“ erklärt und nachdem sie dem Angriff nicht weiter standhalten konnten zogen sich die Demonstrant_innen zurück.
Kaum war die Demonstration an der Feldstraße zerschlagen, begann die Polizei einen ähnlichen Angriff auf die Demonstrantion aus Altona, die sich mittlerweile an der Königstraße befand. Der Angriff verlief ähnlich, mit dem Unterschied, dass hier kein Pfefferspray zum Einsatz kam und keine offizielle „Auflösung“ durch die Polizei erfolgte, sodass die Demonstrant_innen sich wieder sammeln und noch ein paar hundert Meter weiter bis zur S-Bahn Reeperbahn gehen konnten.
Die Angriffe auf die Demonstrationen waren offensichtlich geplant und erfolgten lediglich um Einsatzkräfte zu sparen zeitlich versetzt.

Die Gefahr durch die Pferdestaffel

Bei jeder Gelegenheit feiern die Sprecher_innen von Polizei und Polizeigewerkschaften die Pferdestaffel ab. Joachim Lenders von der Polizeigewerkschaft ließ sich schon 2011 wie folgt zitieren: „600 Kilogramm Lebendgewicht verscheuchen jeden Randalierer.“ Die Unkontrollierbarkeit und die offensichtliche Gefahr, die von den Pferden ausgeht, schwingt in Aussagen wie dieser stets mit und ist darüber hinaus gewollt – die schweren Verletzungen, die häufig bei Einsätzen der Pferdestaffel entstehen, werden billigend in Kauf genommen.

Am 1. Mai hat sich dies insbesondere an der Feldstraße gezeigt:
Ein junger Mann, der auf einem Fahrradständer saß, wurde von einem Pferd ins Gesicht getreten, seine Sonnenbrille bohrte sich in seine Wange und er musste notärztlich behandelt werden. Die Szene ist unter anderem in der Nachlese von Spiegel.tv zu sehen.
Ein Fotograf, der sich ebenfalls am Rand der Demo befand, wurde von einem scheuenden Pferd von einer Mülltonne getreten. Glücklicherweise trat das Pferd gegen die Tonne, so dass der Fotograf zwar stürzte, aber nicht weiter verletzt wurde.
Die Pferdestaffel der Hamburger Polizei muss aufgelöst werden! Bis dahin sollte bei zukünftigen Demonstrationen überlegt werden, wie wir uns effektiv vor den unkontrollierbaren Pferden und ihren aggressiven Reiter_innen schützen können.

Die marodierende Jugendgang der Bundespolizei

Insbesondere die Beamt_innen der Bundespolizei taten sich diesmal durch Gewaltexzesse hervor. Dies hat System und ist nichts Neues – immer wieder werden Cops aus anderen Bundesländern hergefahren, um wie marodierende Horden die von der Einsatzleitung gewünschten Übergriffe zu begehen. So kann im Zweifelsfall die Verantwortung an ein nicht zu greifendes „Außen“ weiter geschoben werden.
Es fiel auf, dass am vergangenen 1. Mai klar darauf gesetzt wurde, Menschen auf und im Umkreis der Demonstrationen zu verletzen anstatt sie mit auf die Wache zu nehmen. Die Bundespolizei agierte hier wie eine Jugendgang auf der Suche nach Streit. Mehrfach wurde zum Beispiel Leuten auf den Fuß getreten, um diese dann, wenn sie sich beschwerten, mit Absicht anzugreifen.

Angriffe und Schikane auf Sanis und Anwält_innen

Rechtsschutz und die Versorgung von Verletzten scheint der Hamburger Polizei ein Dorn im Auge zu sein.
Menschen wurden mit der Begründung, dass sie Verbandsmaterial im Rucksack hatten, in Gewahrsam genommen, der durch Anschlussgewahrsam bis in die Morgenstunden verlängert wurde. Andere kamen besser davon: sie wurden mit einem Platzverweis davon geschickt, der recht abenteuerlich mit dem Vorwurf des „Flaschenwurfs“ begründet wurde.
Anwält_innen hingegen wurden bepöbelt, schikaniert und nicht zu ihren Mandant_innen vorgelassen. Auch in Situationen, in denen offensichtlich nichts los war, wurde der Zugang zu den Betroffenen verwehrt – die „polizeiliche Maßnahme“ laufe noch und erst danach sei ein Gespräch mit einer_m Anwält_in möglich. Worin diese Maßnahme im Konkreten bestand, war den Einsatzkräften offenkundig selbst nicht klar.
Hier hilft es, seine offiziell zugestandenen Rechte zu kennen und spätestens auf der Wache permanent auf einen Anruf beim Ermittlungsausschuss zu pochen. Auch Erste-Hilfe-Kenntnisse sollten allgemein erworben werden und entsprechend sollten vermehrt Verbandsmaterialien und Augenspülflaschen am Start sein.

Der 1. Mai in Zahlen

Erfreulich waren der Zusammenhalt und die Solidarität unter den Aktivist_innen und Betroffenen. Sie kümmerten sich so gut es ging umeinander und meldeten zuverlässig dem EA, wenn Leute mitgenommen wurden: von den 60 Fest- und Gewahrsamnahmen, die die Polizei angab, wurden 54 bei uns gemeldet. Nach unserer Information ist niemand im Knast geblieben.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Ermittlungsausschuss Hamburg
eahh.noblogs.org



Ausgeforscht

[Erstveröffentlicht und Audios bei http://rehvvollte.blogsport.eu]

Von 2004 bis 2006 war die Polizeibeamtin Iris Plate unter dem Namen Iris Schneider Teil der FSK-Redaktion re[h]v[v]o[l]te radio. In den Monaten vor und nach ihrem Verschwinden haben wir uns oft die Frage gestellt, ob sie ein Spitzel war. Eine eindeutige Antwort darauf hatten wir nicht. Jetzt, acht Jahre später, gibt es endlich Gewissheit. Wie wir aus parlamentarischen Anfragen und den Sitzungen des Hamburger Innenausschusses wissen, operierte Iris Plate vom 1. April 2001 bis zum 31. März 2006 als Beobachterin für Lagebeurteilung (BfL) des LKA Hamburg, und ab dem 7. Oktober 2002 zusätzlich als Verdeckte Ermittlerin (VE) für den Generalbundesanwalt in einem §129a StGB Verfahren. Ab dem 1. Mai 2004 war das LKA Schleswig-Holstein federführend mit den Ermittlungen in diesem Verfahren betraut.
Endlich Gewissheit über die Identität von Iris zu haben, empfanden wir im ersten Moment als Erleichterung. Aber was bedeuten diese neu bekannt gewordenen Fakten? Was wissen wir über das, was LKA und BKA über uns wissen? Und welche Konsequenzen hat der Einsatz von Iris Plate im Rundfunksender FSK und in unserer Redaktion?
Um zunächst festzustellen, was wir denn eigentlich über Iris Plate wissen, haben wir uns auf eine Spurensuche begeben, die offenbart, dass die bisherigen Darstellungen des LKA Hamburg und der Innenbehörde in weiten Teilen nicht der Wahrheit entsprechen.

Am Anfang stand ein Reh

Im Sommer 2004 trafen wir uns, um eine neue Radiosendung ins Leben zu rufen. Unser Anspruch war, gemeinsam mit unseren Studiogästen gesellschaftliche Entwicklungen aus dem Blickwinkel feministischer Kritik zu betrachten und Perspektiven zu diskutieren. Im Laufe der Jahre entwickelten sich eine Reihe von thematischen Schwerpunkten: queere und feministische Politiken in Hamburg, Stadtentwicklung, neue Literatur, Homophobie in Europa, Antifaschismus, Vergangenheits- und Erinnerungspolitik in Deutschland und Japan, sexuelle Gewalt in kriegerischen Konflikten. Bis heute sendet re[h]v[v]o[l]te radio an jedem ersten Sonntag und Montag im Monat auf FSK 93,0 MHz.

Warum wir Iris eingeladen haben, sich an der neuen Sendung zu beteiligen, ist schnell erzählt: Sie lebte in der queer-feministischen Szene, war mit Freundinnen und Freunden von uns befreundet und seit 2003 war sie im FSK aktiv. Sie sendete im „Nachmittagsmagazin für subversive Unternehmungen“, beteiligte sich am Aufrechterhalten der Senderstrukturen und nahm an Diskussionen über Radiopolitik und den Umgang mit Antisemitismus im Radio teil. Sie hatte die FSK-Sendungen „female machos“ und „u-turn queer“, bei denen einige von uns vor der Gründung von re[h]v[v]o[l]te radio aktiv waren, gehört und gezielt das Gespräch über bestimmte Interviews und Sendungsthemen gesucht. In Gespräche ließ sie einfließen, sie hätte Lust, sich an Sendungen mit uns zu beteiligen.
Iris stellte sich als feministisch interessierte und politisch engagierte Person dar. Sie lieh sich von uns Bücher und CDs und verschickte E-Mails mit Hinweisen auf Veranstaltungen und Medienberichte:

Von: Polizeibeamtin
Gesendet: Montag, 10. Januar 2005 11:39
An: xxx
Betreff: Steinburg-NPD-Videodoku-Panorama
guten tach xxx,
will ich dir doch auch mal etwas zukommen lassen. vielleicht hast du es schon gesehen, aber vielleicht auch nicht. dieser link führt dich zu der berichterstattung vom ndr zu steinburg. oben rechts ist der button zum video-stream. in steinburg wurde von antifas versucht, die npd-wahlkampfveranstaltung zu stören. npdler griffen daraufhin an und verletzten u.a. eine zu boden gerissene demonstrantin mit fusstritten.
http://www1.ndr.de/ndr_pages_newsdetail/0,2984,NID20050106165733_NTBNDR_...
wahlweise auch http://www.ndrtv.de/panorama/archiv/2005/0106/npd.html
dir nen schönen start in die woche.
ix

Wir mochten Iris und luden sie zum ersten Redaktionstreffen der neuen Sendung ein. Von da an trafen wir uns einmal monatlich donnerstags zur Planung der Sendung und an zusätzlichen Terminen zur Vorproduktion von Interviews und Beiträgen. Die festen Redaktionstreffen fanden bei einem Mitglied der Redaktion zu Hause statt, und Iris nahm regelmäßig daran teil.

Die Polizeibeamtin war auch maßgeblich an der Namensgebung der neuen Sendung beteiligt. Als Arbeitstitel hatten wir zunächst „Steht ein Reh im Wald” gewählt. Bei vorherigen Projekten war uns klar geworden war, wie sehr ein Name immer wieder sein Recht einfordert, Programm zu sein. Wir wollten für die neue Sendung insofern einen Namen wählen, der keine Programmatik verraten und stattdessen klischeehafte Bilder von Romantik, Ruhe und einer dekorativen Form von Natürlichkeit evozieren sollte. Wir lachten damals viel über scheue und forsche Rehe, über Rehe in Wäldern und auf Verkehrsinseln. Iris hingegen war das zu naturnah und albern. Ihrer Meinung nach sollte der Name unserer Sendung „politischer“ sein und „nach vorne gehen“. Sie schlug „Rehvolte Radio“ als Namen vor und vertrat dies während einer Sendung Anfang Mai 2005 auch vor offenem Mikrofon:

Moderatorin X: Apropos absurde Dinge. Mir fiel ja letztens auf als ich so durch die Schanze schlenderte, dass es in allen möglichen Bekleidungsgeschäften bedruckte T-Shirts, Röcke, Handtäschchen und andere Accessoires mit Rehen drauf gibt, worauf ich gleich dachte ‚Oh nein’. Entweder sind wir Trendsetter oder man sollte schnell den Namen wechseln.
Polizeibeamtin: Ja, da kommen wir zum nächsten absurden Ding: Wie heißen wir eigentlich?
Moderatorin X: Tja …
Moderatorin Y: Wir heißen offensichtlich nicht mehr „Steht ein Reh im Wald“.
Polizeibeamtin: Es gab ja noch einen neuen Vorschlag, und zwar zum Thema Reh: Rehvolte Radio.
Moderatorin X: Oha. Da müssen wir gleich noch mal drüber sprechen. Vielleicht können wir das während der Musik tun.
Moderatorin Y: Ich glaube auch, das muss noch diskutiert werden.

Wir einigten uns schließlich auf das Wortungetüm mit den vielen Klammern: re[h]v[v]o[l]te radio – Programmatik in Maßen, aber nicht ohne Gebrochenheit und Komplikation. Bis heute schreibt es niemand einfach flüssig so weg (einschließlich unserer selbst), ein schöner Spaß, plötzlich leider mit bitterem Beigeschmack.

Polizeifunk wider Willen

In den Archiven des FSK finden sich verschiedene Mitschnitte, die Auskunft darüber geben, dass die Polizeibeamtin Iris Plate nicht nur als Moderatorin, sondern auch als Produzentin, Interviewerin und Interviewte im FSK tätig war. Im Sommer 2004 etwa produzierte sie einen Jingle, um auf das Schanzenfest am 28. August aufmerksam zu machen. Dabei verwendete sie O-Töne und Musik aus Roland Emmerichs Katastrophenfilm „The Day after Tomorrow“:

Denis Quaid: „Wer ist da?“
Polizeibeamtin: „Hallo ich bin's, stör ich?“
Denis Quaid: „Nein, ist schon gut. Was gibt's?“
Polizeibeamtin: „Ich wollte Dir erzählen, dass es am 28. August ab 12 Uhr im Schanzenviertel ein Straßenfest geben soll. Und abends ab 22 Uhr gibt es eine große Party in der Roten Flora.“
Denis Quaid: „Augenblick – ich kann das nicht glauben.“
Polizeibeamtin: „Doch, es ist so, es gibt ein Schanzenviertelfest.“
Denis Quaid: „Und was können wir tun?“
Polizeibeamtin: „Wir können uns unkommerziell selbst beteiligen. Das heißt, vielleicht wollen wir einen Infostand für unser Projekt aufbauen oder einen Stand aufbauen und etwas präsentieren oder Spenden einsammeln. Wir können uns aber auch einfach nur so den öffentlichen Raum nehmen.“

„Wir nehmen uns den öffentlichen Raum!“ So lautete das politische Motto des Straßenfests, für das die Beamtin hier warb, und das zum ersten Mal seit 1988/1989 nicht bei der Polizei angemeldet worden war (siehe dazu auch https://www.freie-radios.net/68850).
In diese Zeit fällt auch der Beginn der Redaktionsarbeit von re[h]v[v]o[l]te radio. Die Mitschnitte unserer damaligen Sendungen zeigen ein breites Themenspektrum. Wir führten z.B. Interviews mit Organisatorinnen der Lesbisch Schwulen Filmtage oder dem Hamburger Bündnis gegen Antisemitismus, berichteten vom Park Fiction Kongress oder Veranstaltungen in den KZ-Gedenkstätten Neuengamme und Ravensbrück und bauten Beiträge mit O-Tönen zur Flüchtlingspolitik in Italien oder dem Internationalen Frauentribunal gegen sexuelle Gewalt im Krieg in Tokio.

Iris hat die Sendungsthemen mitbestimmt und sich an der Diskussion und Vorbereitung von Interviews und Beiträgen beteiligt. Sie war dabei ,als wir mit GedenkstättenleiterInnen, StadtentwicklerInnen, AktivistInnen, HistorikerInnen, AnwältInnen, ÄrztInnen und vielen anderen im durch die Pressefreiheit geschützten, vertraulichen Rahmen sprachen.
Die BKA-Ermittlerin war auch als Interviewpartnerin in der Sendung zu hören. Am 5. Februar 2005 berichtete Iris beispielweise von ihren Eindrücken als Teilnehmerin der antifaschistischen Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Kiel am 29. Januar.

Moderatorin: „(...) Hier die Kollegin mit dem schwarzen Kapuzenpullover. Wie fandst Du es denn in Kiel?“
Polizeibeamtin: „Also ich fand Kiel insgesamt sehr prima, weil sich permanent Leute an Ekken sammeln konnten, um auf der Demoroute der Nazis zu stehen, dazustehen, sich zu sammeln, zu rufen, und sich auch direkt am Bahnhof – da wo Kundgebungsanfangspunkt war von den Nazis – auch genau dahin zu kommen, um kraftvoll Protest entgegenzusetzen.“
Moderatorin: „Und findest Du, dass die Eindrücke stimmen, die der junge Mann da eben berichtet hat? Also ist es auch Dein Gefühl, dass genau die Kreuzungen besetzt wurden, die auf der Naziroute lagen, oder hattest Du das Gefühl, dass es mehr an der Größe der Gegendemonstration lag, dass die Naziroute so verknappt wurde?“
Polizeibeamtin: „Also mein Eindruck war einfach, dass die Polizei gar keine Übersicht mehr hatte, wie viel und wann sich irgendwo Leute überhaupt aufhalten. Also fest stand, dass sich in der Innenstadt einfach ganz viele potentielle Gegendemonstranten aufgehalten haben, die einfach so mobil und so geballt überall immer wieder aufgetaucht sind, dass da einfach erst mal nichts gegenzusetzen war. Ansonsten würde ich allerdings denken, dass die Demoroute von den Nazis von den Gegendemonstranten gar nicht wirklich tangiert worden ist, also da die Polizei schon sehr massiv in meinen Augen dafür gesorgt hat, dass die hätte frei geräumt werden können, zumindest war das am Ziegelteich der Eindruck von mir, dass wir da massiv weggedrängt worden sind.“

Zu dieser Zeit war der Verdacht, bei Iris handele es sich um einen Spitzel, bereits ausgesprochen worden (genauer nachzulesen bei http://verdeckteermittler.blogsport.eu), und sie durfte unsere Radiosendung genutzt haben, um ihren Ruf in Hamburg wie auch in Kiel wieder herzustellen, und so ihren Zugang zu Informationen und Strukturen aufrecht zu erhalten.
Mit viel Zeit und technischem Sachverstand versuchte Iris sich unentbehrlich zu machen, etwa wenn sie bei FSK Konzertmitschnitten die Technik transportierte und aufbaute oder uns bei einem Club DJ Abend unterstützte. Auch wenn es darum ging, Treffen zu organisieren, konnte man sich auf Iris verlassen.

Von: Polizeibeamtin
Gesendet: Donnerstag, 14. Oktober 2004 13:56
An: xxx
Betreff: morgen fr.
huhu xxx, wie ist es mit morgen um zwei? da wär ich dabei. ich hoff, du machst mit? das wär der erste schritt... :-)))))
ix

E-Mails aus der damaligen Zeit offenbaren, dass sie an geplante Redaktionstreffen erinnerte, gezielt nachbohrte, als sie einmal fürchtete, aus dem E-Mail-Verteiler geflogen zu sein, und z.B. explizit darum bat, unsere Pressekontaktlisten per Mail zu erhalten.

Von: Polizeibeamtin
Gesendet: Donnerstag, 7. Oktober 2004 11:45
An: xxx
Betreff: Duuuu? Kannste...emailVerteiler?
moinsen xxx,
sag mal, kannst du noch alle rekonstruieren, an die die pressemeldung hinausgegangen ist? ich glaub, ich bekomm' nicht alle lückenlos zusammen.
magst du mir da helfen?
sonnig und wolkige gruesze.
ix

Durch ihr Vorpreschen und ihre Insistenz machte sich die verdeckt arbeitende Polizeibeamtin aktiv zu einem Bestandteil unserer Gruppe. Sie erkundigte sich oft nach Zusammenhängen und Auseinandersetzungen, wobei sie uns als Ältere adressierte, die sie in Themen und Szenen einführen konnten. Erst heute wissen wir, dass Iris Plate viel älter war als sie vorgab.

Queer-Feminismus im Fokus polizeilicher Ermittlungen

Iris hat das Vertrauen, das uns als Radiomacherinnen entgegengebracht wurde, ausgenutzt, um sich so den Zugang zu weiteren Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere aus dem queer-feministischen Spektrum zu erschließen. Damals, zur Zeit der Schwarz/Schill Regierung gab es massive finanzielle Streichungen bei feministischen, queeren und antirassistischen Projekten. So waren das Frauenmusikzentrum (fm:z) und amnesty for women gefährdet und das erste Hamburger Frauenhaus musste schließen.

Angesichts des sich verschärfenden sozialpolitischen Klimas spitzte sich auch die Diskussion über die kommerzielle Ausrichtung des Christopher Street Days (CSD) zu. Im Zuge dieser Entwicklungen entstan-

den neue politische Gruppen und Aktionsformen. Projekte, die Jahre lang nebeneinander gearbeitet hatten, begannen sich gezielt miteinander zu vernetzen. Daraus resultierten Aktionen auf dem CSD ebenso wie eine Reihe von neuen Veranstaltungen wie die Queer Street Days. An der Planung und Vorbereitung beteiligten sich teilweise rund hundert Personen, die in der breiteren politischen Szene Hamburgs vernetzt waren, eigene Veröffentlichungswege (etwa Webseiten, Mailing-Listen, Fanzines und Radiosendungen) pflegten und einschlägige Orte für regelmäßige Diskussionen und Aktionsplanungen nutzten. Queer-feministische Themen hatten in der Zeit der Spitzeltätigkeit von Iris insofern einen hohen Grad an Sichtbarkeit (auch über die Grenzen der Stadt hinaus), und die Szene genoss eine hohe Glaubwürdigkeit innerhalb linker Strukturen.

re[h]v[v]o[l]lte radio war eine der Gruppen, die diese Entwicklungen kritisch begleitet haben, und die Polizeibeamtin war immer dabei. Darüber hinaus war sie in einer lesbisch-schwulen Kickboxgruppe, unterstützte das Ladyfest Hamburg und half bei Spendenpartys. Für die Lesbisch Schwulen Filmtage übernahm sie zum Beispiel stets verbindlich die Terminkoordination mit der Roten Flora für die jährlichen Benefizpartys. Auch an Diskussionen über sexuelle Identitäten, Polyamory und alternative Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens war Iris beteiligt.

Heute kommt natürlich die Frage auf, was die Polizistin in all den queer-feministischen Zusammenhängen zu suchen hatte, in denen ihre Legende sich aufhielt. Ihre Eingebundenheit in die lesbisch-queere Szene während dieser Jahre kann nicht losgelöst von ihrem Auftrag betrachtet werden – und ebenso wenig als Freizeitausgleich für ihre Ermittlerinnentätigkeit. Warum wurde in den Jahren 2001 und 2006 eine homosexuell lebende Beamtin eingesetzt? War es schlicht Zufall oder spielte ihre sexuelle Identität eine Rolle für ihren Ermittlungsauftrag? Und was war für LKA und/oder BKA von Interesse an unseren Diskussionen, Strukturen und politischen Aktionsformen?

Während es fester Bestandteil einer linksradikalen Sozialisation ist, jederzeit mit Ausspähung durch die Polizei zu rechnen, erschienen uns Spitzel in der breiteren feministischen und queeren Szene damals eher abwegig. Die Enttarnung von Iris Plate bedeutet insofern, sich nun damit auseinandersetzen zu müssen, was das staatliche Interesse an feministischen und queeren



Die verdeckte Ermittlerin Iris Plate

Diskussionen und Aktionsformen war und ist, und welche Effekte der verdeckte Polizeieinsatz in und für die Szene hat.

Vertrauen und Geschlecht

Publikationen und Veranstaltungen über Polizeieinsätze in der linken Szene setzen sich überwiegend mit heterosexuellen Männern als Verdeckten Ermittlern auseinander (vgl. z.B. Mohr/Viehmann (Hg), Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte, Assoziation A, 2004). Lässt sich daraus schließen, dass Spitzelei traditionell eher ein Betätigungsfeld für Männer ist? Oder werden Frauen einfach seltener erwischt? Ist Iris Plate nur eine unter vielen Frauen, die verdeckt operierten, aber eine der wenigen, deren Tätigkeit enttarnt wurde?

Bei der Durchsicht der Flugblattsammlung des Archivs für soziale Bewegungen scheint noch eine weitere Ebene auf: Werden die Fälle von Frauen als Spitzeln möglicherweise schneller verdrängt und weniger systematisch aufgearbeitet? Denn für den Hamburger Raum finden sich dort drei weitere Fälle von undercover tätigen Polizeimitarbeiterinnen vor Iris Schneider/ Iris Plate: die 1984 von Mitgliedern des „Frauenplenums gegen Munitransporte“ aufgedeckte BKA-Ermittlerin Martina Fietz, die 1990 enttarnte LKA Beamtin Christa Mahsmann/ Christina Manz, und die 1999 enttarnte, auch in Frauen-Lesben Kreisen aktive Staatsschutzmitarbeiterin Heike Cordes.

Es lässt sich spekulieren, ob der Einsatz von Frauen als Verdeckten Ermittlerinnen in der linken Szene für die Polizeibehörde auf spezifische Weise effektiv ist, da Frauen oft als unverdächtig gelten – eine gesellschaftliche Zuschreibung, die im Zusammenhang mit Frauen als Spioninnen in Kriegszeiten vielfach beschrieben worden ist. Aus unserer Perspektive kann man in jedem Fall sagen, dass man Frauen auf politischen Treffen eine beobachtende, viele Fragen stellende Rolle tendenziell eher abnimmt als Männern. Tatsächlich bewähren sich Frauen gerade in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen oft durch ihre zuverlässige organisatorische Beteiligung, etwa das Koordinieren von Terminen, das Kümmern um Räume, das Vorbereiten von Veranstaltun-

gen. Dies trifft wohl auch auf Iris zu, und hat möglicherweise dazu beigetragen, dass sie sich so lange, und auch nachdem der Verdacht gegen sie bereits laut geworden war, in der Szene halten konnte.

In der queer-feministischen Szene sind sexuelle Orientierung, sexuelle Kontakte und Beziehungen Teil des Zusammenlebens wie auch der politischen und theoretischen Auseinandersetzung, und es wäre für eine heterosexuelle cis-gendered Person wohl wesentlich schwerer gewesen, sich in so kurzer Zeit an so vielen Orten unhinterfragt zu bewegen. Auch in unserer Redaktionsgruppe, die sich mit den Machtverhältnissen in heteronormativen Gesellschaftsstrukturen auseinandersetzt, hatte es Iris mit ihrer Legende der feministischen, lesbisch lebenden Frau erheblich leichter, unser Vertrauen zu gewinnen als andere Personen. Es steht zu vermuten, dass ihr Gender und ihre sexuelle Orientierung Iris auch dann halfen, Schutz und Unterstützung einzuwerben, als der Verdacht aufkam, es könnte sich bei ihr um eine Polizeibeamtin handeln. Die Ermittlerin konnte eine in emanzipatorische Politiken eingeschriebene Lücke nutzen, derzufolge Gruppen wie unsere versuchen, Menschen gegenüber offen und unterstützend zu sein, die in der Gesellschaft strukturell weniger Chancen haben als die Norm.

Die Enttarnung von Iris Plate legt nahe, dass es lohnt, sich in Zukunft genauer damit auseinanderzusetzen, welche Bedeutung 1) geschlechtsspezifische und sexuelle Sozialisation und 2) gesellschaftliche Gender-Zuschreibungen in der Auseinandersetzung mit Polizeispitzeln haben.

Das Private ist professionell

Das private Miteinander spielt in linken Zusammenhängen eine große Rolle. Iris führte Freundschaften, Liebesbeziehungen und Affären in der queeren Szene. Sie hat bei vielen Gelegenheiten unsere Wohnungen betreten, zum Teil mehrmals die Woche. Sie hat mit uns Tee getrunken, Musik gehört, gepuzzelt und geplaudert. Wir fuhren mit ihr zum Ladyfest nach Bielefeld und diskutierten über die Bundestagswahl. Es ging so weit, dass Iris anlässlich eines Geburtstags mit uns in kleiner Runde zur Premiere des Stücks „Mädchen in Uniform“ am Volkstheater Rostock fuhr.

Von: Polizeibeamtin
Gesendet: Montag, 28. Februar 2005 11:10
An: xxx
Betreff: Re: theaterfahrt

liebste xxx,
muss ich doch erwähnen, dass ich diesen ausflug zu deinem geburtstag mit dir sehr gerne gemacht habe. es war mir sozusagen ein leichtes :-)
fühl dich gedrückt.
ix

Nachdem Iris in anderen Zusammenhängen mit dem Verdacht konfrontiert worden war, sie sei ein Spitzel (siehe dazu http://verdeckteermittler.blogsport.eu), kam sie zu einer von uns, weinte und verlangte, man solle sich für sie einsetzen. Als wir – ohne sie – darüber diskutierten, stellten wir schnell fest, es gab viele Gründe, die für den Verdacht sprachen: sie hatte immer Zeit, war in Gesprächen über Familie und Sozialisation auffällig zugeknöpft und verortete sich nicht in linker Kultur – so hatte sie zum Beispiel kaum Bücher oder Platten in ihrer Wohnung und keine Bilder an der Wand. Schnell war klar, sich für ihre Rehabilitation einzusetzen, kam für uns nicht in Frage. Aber uns öffentlich gegen sie auszusprechen und sie aus der Redaktion auszuschließen ebenso wenig – schließlich gab es letztlich keinen Beweis für ihre Tätigkeit bei der Polizei.

In Erinnerungen an die damalige Zeit wird uns heute klar, dass Iris ihre Verletztheit über den angeblichen Vertrauensbruch gezielt thematisiert und eingesetzt hat, um an unser Mitgefühl zu appellieren und Schuldgefühle und Sympathien in uns zu wecken. Seit der Enttarnung von Iris Plate im November 2014 wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob sie eine gespaltene Persönlichkeit hatte – die Freundin, Genossin und Liebhaberin einerseits; die Lügnerin, Ausforscherin und Polizeibeamtin andererseits. Aber führt diese Frage nicht in die Irre? Eine Frau, die ihre Identitäten nicht bewusst unter Kontrolle gehabt hätte, wäre für ihren Beruf untauglich gewesen. Die Tätigkeit einer Verdeckten Ermittlerin basiert doch im Gegenteil darauf, anderen etwas vorzuspielen, sich ihr Vertrauen zu erschleichen, manche Dinge zu verheimlichen, andere zu verraten. Wenn man also psychologische Momenten nachgehen möchte, dann liegt nahe, sich zu fragen, wie Iris diesen Anforderungen gerecht geworden ist. Wie ist sie sozialisiert, ausgebildet und betreut worden, sodass sie über mehr als fünf Jahre persönlich und emotional involviert sein konnte ohne die Kontrolle über ihre Rollen zu verlieren?

Posten von Verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern werden offenbar oft behördenintern ausgeschrieben. Ob auch Iris sich auf ihre Tätigkeit bei uns beworben hat, wissen wir nicht. Aber aus der Innenausschusssitzung vom 9. Dezember 2014 ist bekannt, dass sie vor Beginn ihres Einsatzes am 1. August 2001, vom 20. April bis zum 31. Juli, eine vierteljährliche Vorbereitungszeit durchlaufen hat, zu der der Aufbau ihrer Tarnidentität sowie die operative Vorbereitung und Planung des Einsatzes gehörten. Während der Operation sei Iris täglich in Kontakt mit ihren VE-Führern gewesen, darüber hinaus scheint ein Team mit ihrem Einsatz befasst gewesen zu sein. In der Retrospektive gilt es insofern, sich mit Iris als Person auseinanderzusetzen, die sich im Alter zwischen 27 und 33 Jahren über einen außergewöhnlich langen Zeitraum tagtäglich für ihre Tätigkeit entschieden hat.

Re[h]trospektion

Seitdem wir wissen, dass unsere damalige Freundin und Redaktionskollegin Iris Schneider im wirklichen Leben die Polizeibeamtin Iris Plate war, haben wir uns auf Spurensuche begeben. Ad hoc wusste keine von uns, was in den Jahren zwischen 2000 und 2006 los gewesen war – in der Welt, in der Stadt, im Radio, bei uns. Wir saßen zusammen und versuchten uns zu erinnern. „Da war doch Schwarz-Schill.“ „Waren da nicht diese ganzen Kürzungen?“ „Ich glaube, das war auch die Zeit der Queer Street Days.“ „Nee, die waren doch vorher …“ „War Iris da schon dabei?“ Wir stellten fest, dass vieles vom Nebel der Zeit verschluckt worden war und es nun galt, es so weit in unsere Nähe zu holen, dass wir es wieder sehen konnten. Wir kramten durch Fotos und Kalender, durchsuchten Festplatten und CDs – eine nicht gerade angenehme Tätigkeit, zwingt sie einen doch dazu, sich damit auseinanderzusetzen, wer man damals war, wie man sich selbst und anderen vor rund zehn Jahren begegnet ist …

Das nun vorliegende Bild, das wir dank unserer Aufzeichnungen hier skizzieren konnten, weicht in so erheblichem Maß von den Darstellungen der Polizei im Hamburger Innenausschuss im Dezember 2014 und Januar 2015 ab, dass uns schleierhaft erscheint, wie es sich um dieselbe Sache handeln soll.

Folgt man den Ausführungen des Sicherheitsleiters der Polizei, Bernd Krösser, war Iris Plate ausschließlich in ihrer Funktion als Beamtin für Lagebeurteilung im FSK eingesetzt, was „vorrangig als sinnvoll zur Aufrechterhaltung und Absicherung ihrer Legende“ erachtet worden sei. Bei ihren Tätigkeiten im Rundfunk habe sie in Abstimmung mit ihren VE-Führern ausdrücklich

Zurückhaltung geübt und lediglich Aufgaben und Termine wahrgenommen, die von außen an sie herangetragen worden seien. Während einer jüngst vorgenommenen Befragung gab die Beamtin zu Protokoll, „sie habe versucht, möglichst wenig eigene inhaltliche Beiträge zu gestalten und an Vorabtreffen für Sendungen teilzunehmen.“ Nach ihrer Erinnerung habe sie „keine fremden Beiträge kommentiert oder auf andere Entscheidungen bewusst und gewollt Einfluss genommen.“ Zur Aufrechterhaltung ihrer Legende habe die BfL Iris Plate, so heißt es weiter, auch Wohnungen betreten, aber nur selten und bis auf wenige spontane Situationen immer nach vorheriger Absprache mit ihrer Dienststelle. Einer ihrer ehemaligen VE-Führer „schätzt die Frequenz aus seiner Erinnerung auf vielleicht einmal im Monat“.

Für uns klingt das nach Ausweichmanöver und Schadensbegrenzung. Die Polizei gibt nur soviel zu, wie sie unter dem Druck der Öffentlichkeit zugeben muss, und versucht, den Großteil des politischen Skandals unter den Teppich zu kehren.
Diesen letzten Akt des Polizeidramas „Schneider-Plate Blamage“ möchten wir hiermit zurück in die Abteilungen Recherche/Lektorat/Rechtliches schicken: Iris Plate hat sich in unserer Radiogruppe aktiv und initiativ gezeigt, und sich in unseren Wohnungen getummelt. Im Zuge unserer Redaktionssitzungen, Vorbereitungstreffen und Sendungen hat sie Einblicke in Inhalte und Strukturen sowie über Personen erhalten, die für ihre Operationen von Nutzen sein konnten. Über ihre Mitarbeit bei re[h]v[v]o[l]te radio und dem „Nachmittagsmagazin für subversive Unternehmungen“ sowie ihre aktive Beteiligung in den Organisationsstrukturen von FSK hatte sie einen tiefen Einblick in und Einfluss auf die Arbeit des Senders.

Kommunikation beruht auf Vertrauen. Pressefreiheit setzt Vertrauen unter den Mitgliedern einer Redaktion ebenso voraus wie Vertrauen gegenüber Interviewpartnerinnen und Informantinnen. Wenn eine Person an Redaktionsarbeit, Sendungsvorbereitung und -produktion beteiligt ist, die ohne das Wissen der anderen ihr Gehalt von der Polizei bezieht, wird die Pressefreiheit zur Farce.



Hamburger Neonazi-Hooligans rufen auf zum „Tag der deutschen Patrioten"

Hamburger Neonazi-Hooligans rufen auf zum „Tag der deutschen Patrioten" - auch PEGIDA-Hamburg will aktiv werden

Wie dem Hamburg Büdnis gegen Rechts vor kurzen bekannt wurde, wollen am 12.9.2015 Hamburger Neonazis unter dem Motto „Tag der deutschen Patrioten“ in Hamburg ihre rassistische Hetze auf die Straße tragen. Sie wollen ihre Veranstaltung unter dem Label „Gemeinsam sind wir stark“ durchführen - also jenem HoGeSa-Label, unter dem im letzten Jahr bereits gewalttätige Neonazi-Hooligans in Köln und Hannover randaliert haben.
Einer ihrer Frontmänner ist der vorbestrafte Neonazi, Hooligan und ehemalige NPD-Kader Thorsten de Vries, der auch im letzten Jahr in Köln als Redner auftrat. Unterstützt wird er vom Veranstaltungsleiter des Hooligan Aufmarschs in Köln und HoGeSa Regionalleiter West Andreas Kraul.

Ein erneuter Versuch

De Vries hatte den im November gescheiterten Versuch einen HoGeSa-Aufmarsch in Hamburg durchzusetzen damals schon im Vorfeld massiv kritisiert und Teile der Kölner Marschierer als "Spastis" beschimpft. Auch eine Hamburger Aktionsgruppe der HoGeSa sorgte durch deutliche Distanzierung für Irritation in der Szene: "Ihr habt doch überhaupt keine Ahnung davon, was hier in Hamburg los ist, wenn der FC Sankt Pauli und seine Antifa-Szene in Hamburg gegen euch mobilisiert."

Gleichzeitig hatte de Vries aber auch schon damals versprochen, dass man nach genügender Vorbereitungszeit mit den 'echten, politischen Hools' einen Aufmarsch nachholen werde. Nun scheint ein Strohmann für de Vries eine entsprechende Mobilisierungsseite ins Netz gestellt zu haben. Die Facebook-Veranstaltung wurde inzwischen aber wieder entfernt. Mit volksverhetzenden und rassistischen Kampfbegriffen wie „Volkstod“ und „Überfremdung“ propagieren sie, es sei Zeit für ihre „Revolution“, die in Hamburg am 12.9. beginnen solle. Hierzu soll die gesamte bundesdeutsche Neonazi-Szene sowie das Pegida-Millieu mobilisiert werden. Auch Pegida-Hamburg solidarisiert sich mit dem geplanten Nazihool-Aufmarsch und mobilisiert auf der eigenen Facebook-Seite ebenfalls für den 12.9..

Geworben wird mit bekannten RednerInnen. Auf der Gästeliste steht die Ex-AfDlerin und aktuelle Pegida-Sprecherin Tatjana Festerling. Diese war bereits nach ihrer Teilnahme am HoGeSa Aufmarsch in Köln von den dortigen Gewaltausbrüchen euphorisiert und schrieb auf Facebook: "Heute Abend ziehe ich meinen Hut vor den Hools, vor Euch." Diese war bereits nach ihrer Teilnahme am HoGeSa Aufmarsch in Köln von den dortigen Gewaltausbrüchen euphorisiert und schrieb auf Facebook: "Heute Abend zieheich meinen Hut vor den Hools, vor Euch."Auch die bekannten Islamhasser Michael Stürzenberger und Akif Pirinci stehen auf der Gästeliste. Zudem der Hamburger NPD-Spitzenkandidat Lennart Schwarzbach, der Hamburger NPD-Strippenzieher Jan-Steffen Holthusen und das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der Partei, Matthias Faust sind ebenfalls dort zu finden. So verwundert es auch wenig, dass sich die Organisatoren eines Banners bedienen, welches fast identisch mit dem des Naziaufmarsches "Tag der deutschen Zukunft" (TDDZ) ist, welcher alljährlich von Kameradschaftern mit teilweiser Unterstützung der NPD veranstaltet wird. Das Spektrum, welches zum Aufmarsch nach Hamburg mobilisiert werden soll, reicht von organisierten Neonazis bis hin zu Personen aus der Hamburger AfD und Burschenschaftern.

„Dass rechte Hooligans wie Thorsten de Vries ihre rassistische Hetze in Hamburg auf die Straße bringen wollen, müssen alle demokratischen, antifaschistischen und antirassistischen Kräfte gemeinsam verhindern“, sagt Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts. "Hier wollen die üblichen Verdächtigen vom Neonazi bis zum bürgerlichen Pegida-Rassisten ihre braune Suppe auf der verfehlten Einwanderungspolitik Deutschlands und der EU kochen. Die Abschottung der Grenzen, der Kampf mit Kriegsschiffen gegen Flüchtlingsboote und der Ruf nach schnelleren Abschiebungen ermuntert das braune Pack erst, die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen. Wir setzten uns hingegen für eine offene und solidarische Gesellschaft für alle Menschen ein."

Sicher ist, dass ein geplanter Neonazi- und Hooligan Aufmarsch in Hamburg nicht ohne massive Gegenwehr vonstatten gehen wird. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ruft daher alle demokratischen, antifaschistischen und antirassistischen Kräfte dazu auf, die Entwicklungen genau zu beobachten und frühzeitig gegen den geplanten Aufmarsch aktiv zu werden.

Hamburger Bündnis gegen Rechts



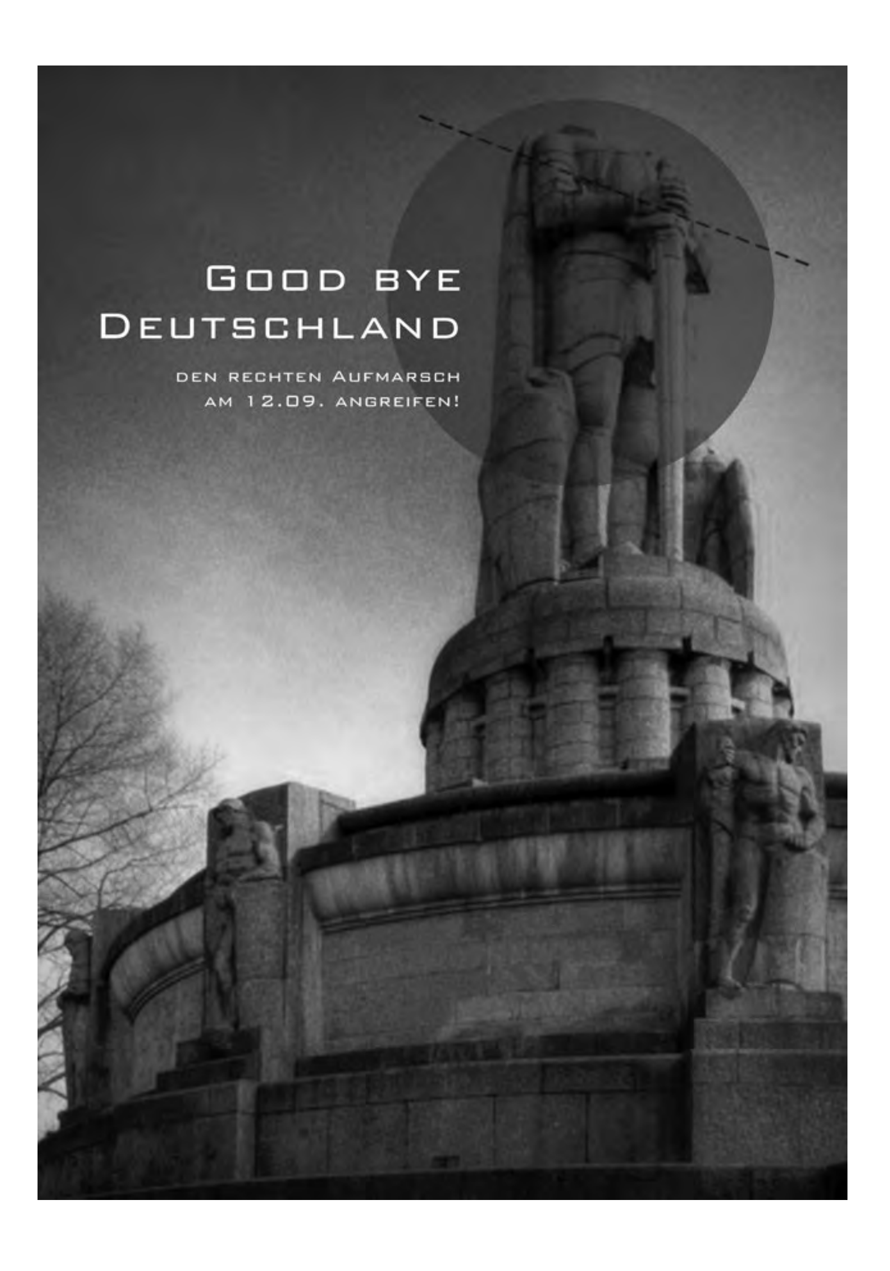
Good bye Deutschland

den rechten Aufmarsch am 12.09. angreifen!

Pegida und Dresden erscheinen vielen im sich weltoffen gebenden Hamburg fern. Ohne Grund! Oft genug wird bewiesen, dass rassistische Ideologie hier nicht weniger salonfähig ist als im Rest der Republik. Hamburger Behörden und rassistische Bürger_innen arbeiten Hand in Hand. Ob der repressive Umgang der Behörden, die bürgerlichen Initiativen gegen Geflüchtet in Farmsen und Harvestehude oder der Brandanschlag im Drecksnest Escheburg. Diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen gehen auch an Neonazis nicht vorbei.

Am 12. September will ein Mob aus Neonazis, rechten Hooligans und Rassist_innen unter dem Label „Tag der deutschen Patrioten“ im großen Stil durch die Hamburger Innenstadt marschieren. Gerade weil sich der offene Rassismus in Deutschland zunehmend neustrukturiert und deutsche Normalbürger_innen organisierte Neonazis in Aktionismus und Mobilisierungsfähigkeit zu überholen scheinen, überrascht uns diese Anmeldung nicht. Es überrascht auch nicht, dass bekannte Neonazis wie Thorsten de Vries, der als Organisator der Demonstration fungiert, die Gunst der Stunde nutzen wollen. In Hoffnung auf „patriotischen“ Zuspruch suchen sie öffentlichkeitswirksam den Anschluss an den bürgerlichen Teil eines immer selbstbewusster auftretenden deutschen Volksmobs. Der rassistische deutsche Alltag, nimmt hier eine Form an, welche die Erfolge eines „Kampfes um die Köpfe“ mit einem „Kampf um Straße“ verbindet. Dies zeigt sich an den unverhohlenen Angriffen „ordentlicher“ Bürger_innen gegen vermeintlich „Nicht-Deutsche“ und am vorauseilenden staatlichem Arrangement mit angeblichen „Ängsten“ – beides ist nichts anderes als Rassismus.
Deshalb heißt es für uns am 12. September, sich dem deutschen Mob mit allen Mitteln und auf allen Ebenen entgegen zu stellen und ihn, egal ob er sich „patriotisch“ oder „nationalistisch“ nennt, anzugreifen.

Mit allem und allen gegen den deutschen Mob – nicht nur am 12.09.2015



PKK-Prozess geht weiter

Mitte Mai hat vor dem Oberlandesgericht Hamburg der Prozess gegen Mehmet D., einen vermeintlichen Kader der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, begonnen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 46-jährigen Kurden aus Bakûr (Nordkurdistan – den kurdischen Provinzen der Türkei) die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gemäß § 129b StGB vor. Ihm werden jedoch keine konkreten Straftaten in der Bundesrepublik zur Last gelegt. Beim § 129b StGB geht es ausschließlich darum, ob eine Organisation vom Justizministerium als terroristisch eingestuft wird. Dieser Paragraph wurde als Folgeinstrument des § 129a entwickelt, um auch politische Organisationen in der BRD verfolgen zu können, die lediglich im Ausland gegen dortiges Recht verstoßen oder gegen Verbündete der BRD Widerstand leisten. Für die PKK erteilte das Justizministerium die Ermächtigung zur Verfolgung gemäß § 129b im Oktober 2010. Seitdem wurden sieben kurdische FreundInnen von Oberlandesgerichten (OLGs) zu Freiheitsstrafen zwischen 2½ und 6 Jahren verurteilt. Darunter auch Ali Ihsan Kitay vom Hamburger OLG zu 2½ Jahren.

Bei den Prozessen gemäß §§ 129 und 129a StGB war es für die Gerichte noch erforderlich gewesen zu beweisen, dass die Ziele der PKK auch in Deutschland entweder auf die Begehung von Straftaten oder aber sogar »terroristischen« Taten (§ 129a) gerichtet waren. Das ist bei Prozessen gemäß § 129b belanglos. Deshalb hat das Gericht nicht mehr die Frage zu beantworten, ob die PKK in Deutschland Straftaten begeht. Die entscheidende Voraussetzung für eine etwaige Strafbarkeit ist die Frage, ob die PKK in der Türkei bzw. überall dort, wo sie bewaffnet kämpft, eine terroristische Vereinigung ist oder legitimen Widerstand leistet.

Der türkische Staat setzt seit weit mehr als dreißig Jahren, im Grunde genommen seit der Staatsgründung 1923, eine systematische rassistische Unterdrückungs- und Kolonialpolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung um. Die kurdischen Provinzen sind faktisch besetzt. Den KurdInnen wird in diesem Rahmen das Selbstbestimmungsrecht, das in völkerrechtlichen Verträgen wie z. B. der Charta der UN verankert ist, vorenthalten. Sicherheitskräfte und Militär begehen ständig Menschenrechtsverletzungen, praktizieren extralegale Hinrichtungen, systematische Folter sowie Kriegsverbrechen, wie z. B. einen Giftgaseinsatz unter der Leitung des jetzigen Generalstabschefs Necdet Özel im Jahr 1999 oder weitere Giftgaseinsätze bis 2011 – das hatten auch die RichterInnen des OLG Hamburg in einer rechtlichen Stellungnahme im Prozess gegen Ali Ihsan Kitay als erwiesen betrachtet.

Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention sind in der Türkei Alltag. Eine Vielzahl von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Berichte von Amnesty International sowie der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD und weitere Dokumente belegen das. In diesem Zusammenhang lässt sich von Staatsterrorismus sprechen. Trotzdem werden diejenigen, die sich im Exil für die Menschenrechte, die Rechte der KurdInnen und eine Demokratisierung der Türkei engagieren, immer noch gemäß § 129b verfolgt. Während die PKK sich seit Jahren für Gleichberechtigung, Frieden und Demokratie einsetzt, ist sie zudem in Europa noch immer auf der »par ordre du mufti« von der EU-Kommission beschlossenen EU-Terrorliste gelistet.

Mehmet D. soll als Gebietsverantwortlicher der PKK von Januar bis Juni 2013 die Region Mitte (Nordrhein Westfalen) geleitet und dann bis Mitte 2014 für die Region Nord zuständig gewesen sein. Er sitzt seit Ende August 2014 in Untersuchungshaft. Bekannte des Beschuldigten kritisieren, dass mehrfach von Justizbeamten verweigert wurde, Kleidung abzugeben, und für Besuchsgenehmigungen zuständige Beamte des Landeskriminalamts (LKA) oft nicht erreichbar gewesen und dadurch einige mögliche Besuche verhindert worden seien.

Der Prozess begann mit einer Auseinandersetzung, weil das Gericht einen Vertrauensdolmetscher für Mehmet D. verweigert. »Der Dynamik des Verfahrens wird so keine Rechnung getragen. Es muss möglich sein, mit meinem Mandanten jederzeit ohne Prozessunterbrechung zu sprechen«, so Strafverteidiger Rainer B. Ahues. Der Vorsitzende Richter zeigte sich uneinsichtig. Das Gericht lässt auch weiterhin keinen Vertrauensdolmetscher zu.

Anwalt Ahues argumentierte in seinem Eröffnungsplädoyer, dass sich die Lage in den kurdischen Provinzen der Türkei, Syriens und Iraks seit 2011 stark verändert habe und immer deutlicher werde, dass die PKK eine stabilisierende Kraft sei. »Die PKK führt Friedensverhandlungen mit der türkischen Regierung, während sie zugleich im nordsyrischen Rojava demokratische Strukturen aufgebaut hat und gegen die Terrorbanden des Islamischen Staates (IS) und die Al-Nusra-Front kämpft«, so Ahues. Das Gericht sollte darauf dringen, dass das Bundesjustizministerium die 2011 gegebene Ermächtigung zur Strafverfolgung der PKK gemäß § 129b aufhebe. »In Rojava leben sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen friedlich zusammen. Hier zeigt sich die demokratische Ausrichtung der Organisation.« Das Festhalten am PKK-Verbot sei eine außenpolitisch sinnlose Handlung der Strafrechtspflege, durch den § 129b werde die Gewaltenteilung aufgehoben. Die Organisation solle auf Grundlage der jetzigen Realität neu bewertet werden, die Bundesanwaltschaft (BAW) gehe dagegen von Erkenntnissen aus dem Jahr 2004 aus. Rund dreißig ZuschauerInnen applaudierten.

Mehmet D. gab ebenfalls am ersten Prozesstag eine Prozesserklärung ab. Er beschrie Menschenrechtsverletzungen und systematisches Unrecht der türkischen Regierung, Armee und Sicherheitskräfte seit 1990 und wie er selbst und seine Familie davon betroffen sind. »Die Regierung Erdoğan unterstützt offen den IS und die Welt schaut zu«, sagte er, um die reale Situation zu beschreiben. Immer wieder gab es Waffenlieferungen an den IS, der auch infrastrukturell und medizinisch in der Türkei versorgt wird. 2014 hätten türkische Armee und Polizei 48 Menschen bei Protesten gegen die Unterstützung der DjihadistInnen ermordet. Abdullah Öcalan habe Newroz 2013 zu Frieden und Demokratie aufgerufen. Trotz Provokationen und täglichen Militäroperationen halte die PKK weiter am Friedensprozess fest und habe seit 1993 neun einseitige Waffenstillstände ausgerufen. Der Kampf der PKK und ihrer Verbündeten gegen die Terrormiliz IS habe weltweit Anerkennung gefunden, auch im Europaparlament. Trotzdem stehe die Partei auf derselben Terrorliste wie der IS: »Das ist großes Unrecht«, erklärte Mehmet D.

Der Vorsitzende Richter Rühle sagte: »Sie haben aus Ihrer Einstellung keinen Hehl gemacht«, und fragte, ob Mehmet D. sich dazu bekenne, einen Sektor der PKK in Deutschland geleitet zu haben. Eine Zuschauerin hielt dem entgegen: »Wenn Sie hier nicht Unrecht, sondern Recht sprechen und die Realität anerkennen würden, wäre das sicher eine Option.«

An den folgenden Prozesstagen sagten Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) aus. Die RichterInnen befragten sie hauptsächlich dazu, ob Mehmet D. für die Organisierung von Festen wie dem Newrozfest, Kulturveranstaltungen und Demonstrationen wie der gegen die Ermordung von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in

Paris zuständig war – und ob er in Konflikten in der kurdischen Community vermittelt habe. Zudem war dem Gericht wichtig, inwieweit er in die bundesweiten und europaweiten Strukturen, die der PKK zugeordnet werden, eingebunden war. Darum, ob er irgendetwas Strafbares getan hat, geht es, wie gesagt nicht. Sämtliche völkerrechtlichen und politischen Aspekte werden bisher ausgeblendet. Das Gericht geht wohl davon aus, dass diese Aspekte in den bisherigen §129b-Verfahren ausreichend geklärt wurden. Der Dynamik der Situation im Mittleren Osten wird bisher auf keine Weise Rechnung getragen.

Mit mehreren Anträgen versuchte die Verteidigung zu verhindern, dass aktenweise vermeintliche Beweise im Prozess durch das sogenannte Selbstleseverfahren eingeführt werden. Das heißt, dass lediglich die RichterInnen, die BAW und Mehmet D. die Akten lesen, sie im Prozess jedoch nicht vorgetragen werden. Dadurch wird die Öffentlichkeit weitgehend vom Prozess ausgeschlossen und eine dynamische Diskussion des Inhalts der Akten verhindert. Die Anträge wurden meist abgelehnt.

Zudem wurde deutlich, dass die Beamten des BKA völlig asymmetrisch ermittelt haben. Offenbar wird seitens der Verfolgungsbehörde nicht im Ansatz versucht, den Konflikt in der Türkei und die Konflikte im Mittleren Osten zu verstehen. Stattdessen wird weiter einseitig die Deutung der PKK als Terrororganisation aufrechterhalten, der alleinig die Verantwortung für den Konflikt/die Konflikte zugeschrieben wird. Klar wurde auch, dass weiterhin Vorurteile und laienhaftes und zumeist veraltetes Halbwissen die Einschätzung der Situation prägen.

Bereits vor Beginn des Prozesses hatten etwa fünfzig UnterstützerInnen vor dem Gerichtsgebäude demonstriert. Immer wieder finden Kundgebungen für den kurdischen Politiker vor dem Untersuchungsgefängnis statt, die vom Bündnis Freiheit für Mehmet D. organisiert werden.

Als justizpolitischer Sprecher der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft fordere ich die Aufhebung des PKK-Verbots und die Freilassung aller ihrer in Deutschland inhaftierten Mitglieder. DIE LINKE erhebt dieselben Forderungen. Die PKK steht für Frieden und Demokratie. Die BAW betreibt mit diesem Prozess zudem eine asymmetrische Verfolgung und Außenpolitik mit den Mitteln des Strafrechts. Der Vorwurf der BAW, dass die Volksverteidigungskräfte (HPG) Anschläge, die auf Mord und Totschlag orientiert sind, durchgeführt hätten, entbehren jeglicher nachvollziehbaren Grundlage – völkerrechtlich gesehen handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer staatlichen Armee und KombattantInnen.

Dass statt fünf RichterInnen, wie normalerweise, nur drei die Kammer des OLG Hamburg im Prozess gegen Mehmet D. bilden, ist bei der Schwere des Vorwurfs respektlos. Es ist durch den bisherigen Prozessverlauf absehbar, dass das Gericht bemüht ist, den Prozess möglichst schnell zu Ende zu bringen. Es ist ein fatales Signal, dass die BAW einen solchen Prozess zu einem Zeitpunkt anstrengt, an dem die PKK im Mittleren Osten in der Auseinandersetzung mit den Terrorbanden des Islamischen Staates IS kämpft und dadurch hunderttausende ÊzîdInnen, ChristInnen und Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen vor Misshandlung und Ermordung schützt. Es ist ebenfalls verheerend, da in der Türkei erneut regierungsnahe Kräfte versuchen, durch Anschläge und Provokationen einen BürgerInnenkrieg herbeizuführen. Präsident R. T. Erdoğan heizte die Stimmung vor der Parlamentswahl in der Türkei mit aggressiver Rhetorik an. In den letzten Monaten hat das türkische Militär, trotz Friedensprozess seitens der PKK, immer wieder Militäroperationen durchgeführt. Auch der Islamische Staat wird noch immer offen unterstützt.

In Anbetracht dessen ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit einer Regierung wie der von Erdoğan/Davotoğlu auf den Prüfstand stellt und die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit ihr beendet. Um ein positives Signal für eine friedliche Entwicklung des Mittleren Ostens zu setzen, sollte zudem sofort die Verfolgungsermächtigung gemäß § 129b aufgehoben und die PKK als das eingeschätzt werden, was sie ist – eine Kraft, die für Gleichberechtigung, das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungs- und Religionsgruppen und eine partizipative Demokratie wirkt.



Von der Schwierigkeit, mehr als eine Subkultur zu sein

Mit den folgenden Zeilen möchten wir „Der Kontext politischen Handelns“ weiterführen, einige Positionen des Textes „2014 – Das Jahr in dem wir nirgendwo waren“ hinterfragen und auf die Demo „Hamburg sieht Rot“ vom 1.5.2015 eingehen.

Ohne die Relevanz autonomer Interventionen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen seit den 1980er Jahren zu überschätzen, so bleibt doch festzuhalten, dass sowohl die vormalige Präsenz als auch die Stärke eigener Inhalte von einigen, zeitlich meist eng begrenzten, Höhepunkten abgesehen, seit mehr als einem Jahrzehnt deutlich nachgelassen haben.
So oft sich ähnliche Formulierungen mal frustriert und mal ratlos in stetig wiederkehrender Weise seit Menschengedenken in autonomen Analysen finden lassen, so selten haben wir eine Strategie kontinuierlicher und damit nachhaltiger politischer Arbeit formuliert.
„Das wollten Autonome auch nie“ hallt es da aus den Kathedralen linksradikaler Selbstvergewisserung in Hamburg oder Berlin, in denen, und das ist im Gegensatz zu einigen anderen Städten ein wirklicher Erfolg, nicht nur lieb gewonnene, sondern nach wie vor notwendige Grundsätze emanzipatorischer Politik in Konfrontation zum System hochgehalten werden.
Wer dort ab und zu den Staub von den Broschüren pustet und unter den adrenalinmotivierten Tags jüngerer Generationen die verblassten Parolen selbstbestimmten Lebens entdeckt, die_der findet Antworten auf Fragen, die alle paar Jahre neu gestellt werden.
Somit erscheint uns entgegen der bisweilen ideologisch überhöhten Strategiefreiheit genau das als Weg von einer Theorie zur Praxis, der besser ist als die Praxis immer neu aus der Praxis selbst mit all den damit zusammenhängenden Nachteilen erlernen zu müssen.
Es gibt wahrhaft keinen Grund, in einem Regress der Fehlerproduktion nach einer Logik selbstbestimmter Positionsaneignung zu suchen, die sich in vielen Punkten gerade nicht aus einer antagonistischen Haltung gegenüber staatlich garantierten Machtverhältnissen speist, sondern die Gegnerin_den Gegner gerne in den eigenen Reihen sucht und jedes Mal aufs Neue findet.

Um vorhandenes Wissen nicht museal zu bewahren, sondern zum Teil sozialer Konflikte werden zu lassen, sind Bemühungen zur Weitergabe eigener Erfahrungen dringend erforderlich.
Insofern sollte es mehr solcher Texte wie von den Genoss_innen aus Berlin in der Interim 769 geben.

Dabei ist es allerdings nur von untergeordneter Relevanz, ob und wie stark sich unsere Inhalte auf das „Original“ der Autonomia Operaria beziehen.
Richtigerweise heißt es im Berliner Debattenbeitrag, „dass die Revolte, die sich Anfang der 90er Jahre aus den Grosstädten (sic!) Westdeutschlands bis in die tiefste Provinz in Bayern verbreitete, nicht viel von dieser Bewegung aus Italien, von der sie den Namen erbte“ (Interim 769, S. 19) wusste.
Nachdenken über und lernen aus kollektiver linksradikaler Geschichte soll selbige ja auch nicht kopieren, sondern mit eigenen Inhalten fortschreiben. Weiterentwicklung qualitativ verstanden, geriert sich nicht als besserwisserische Positionierung, die ihre eigene vorgebliche Stärke immer nur aus der Negation anderer Ideen zieht, sondern aus der Kritik an den eigenen Leerstellen wie den gesellschaftlichen Verhältnissen insgesamt.
Wie sehr beides miteinander verknüpft ist, haben wir versucht, mit unserem letzten Text zu beschreiben.

Warum der Berliner Text allerdings in der pathetisch und inhaltsleer vorgetragenen Feststellung mündet, dass alles zerschlagen werde müsse, bleibt schleierhaft, da sich autonome Politik den herrschenden Verhältnissen gegenüber zwar stets unversöhnlich zeigte, dabei aber doch zielgenau und verantwortungsbewusst blieb.
Die Berliner_innen sind mit Ihrer Hoffnung, dass aus den Trümmern eines wie auch immer hinweggefegten Systems schon etwas Fortschrittliches auferstehen würde nicht allein. Immer wieder kursieren linksradikale Aufrufe mit dem Impetus einer „reinigenden“ Zerstörung.
Auch wenn wir den Verfasser_innen eine aus Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit gespeiste Motivation zu Gute halten, die wohl jede_r von uns schon mal gespürt hat, so muss die Aussage an sich doch deutlich zurückgewiesen werden.
Nichts, aber auch gar nichts spricht dafür, dass ideologisch gefestigte soziale Strukturen, die jeder_jedem einzelnen nicht nur äußerlich gegenüberstehen, sondern in uns selbst eingeschrieben sind, sich qua eruptiver Läuterung in Wohlgefallen auflösen.
Eine autoritäre gesellschaftliche Formierung ist mehr als eine von den politischen Eliten durchgesetzte Strategie. Sie ist das Ergebnis einer lang andauernden kulturellen Entwicklung von der unterschiedliche Akteur_innen, eben auch wir selbst, profitieren.
Wir wollen damit nicht reformistischen, sich dem System preisgebenden, Ansätzen das Wort reden, halten es jedoch für unerlässlich bei all der Wut angesichts scheinbar nicht zu überwindender lebensfeindlicher Verhältnisse deren Analyse, die zu einem guten Teil bei uns beginnt, zu vergessen.
Es ist banal: Wir sollten wissen, warum wir etwas tun.

Wir wollen an dieser Stelle keine direkte Verbindung zu dem unsäglichen Ablauf der „Hamburg sieht Rot“-Demo herstellen. Aber auf der Straße zeigt sich eben sehr deutlich, wenn kämpferischen Parolen keine Taten folgen.

Rieben sich die Ü30-Jährigen ob derlei Schildern wie „Olympia, du Hurensohn – Geh München“ zu Beginn der Demo noch verwundert die Augen, steigerte sich die Sprachlosigkeit auf den nächsten Metern mehr und mehr zum Entsetzen.
Nach einer anfänglichen Pyroshow freuten sich die dummdreisten Demonstrierenden einige Minuten über die Plünderung einer Shell-Tankstelle und warfen kurze Zeit später ihre dort erbeuteten halbvollen Bierflaschen der Gegenseite vor die Füße, um im nächsten Moment wie die Hasen vor einigen wenigen vorpreschenden Einsatzkräften zu flüchten.
So gab mensch völlig ohne Not eine mehr oder weniger geschlossene Demo aufgrund von hirnlosen Aktionen, die die Bezeichnung „Militanz“ nicht verdienen, preis und lies 200 Verbliebene zurück, die sich aus dem Lauti dann noch schlechten Gangster-Rap mit den üblichen sexistischen und homophoben Sprüchen anhören durften.
Wenn das eine jugendgerechte Ansprach sein soll, ist es wohl höchste Zeit sich aufs politische Altenteil zu verabschieden.

Wir müssen nicht mehr auf die Straße gehen, wenn wir nichts mehr zu sagen haben und wir müssen keine verbale Stärke zeigen, wenn keine Kraft dahinter steht, diese durchzuhalten.

Aber wir müssen gemeinsam analysieren, was uns verbindet. Worin der Kern der Revolte besteht und wie wir unsere Inhalte in

einer den herrschenden Verhältnissen entsprechen Form auf die Straße tragen: Geschlossen und entschlossen.

Tatsächlich halten wir es für absolut bemerkenswert, dass die kulturelle Anziehungskraft unserer Szene nach wir vor ungebrochen ist.
Und zwar quer zu den Versatzstücken unterschiedlicher musikalischer oder kleidungstypischer Ausformungen. Wir haben es durchaus geschafft, jedwede, ob im Kern systemkritisch oder nicht, Art von dynamischer Kultur zu integrieren und ihr zudem eine eigene Interpretation hinzuzufügen.
Hip Hop, Elektro oder Punk. Alles geht.
Alles bringt die Menschen in unseren Läden und bei unseren Aktionen zusammen.
Doch weswegen kommen sie?

Es ist bezeichnend, dass die Kraft, die im Partykontext entsteht, dort verbleibt und sich nicht produktiv in die Leben der Protagonist_innen fortschreibt, sondern ihr jähes Ende mit dem morgendlichen Kater vor der Arbeit oder der Uni findet.
Zu sehr sind wir selbst Teil der Verhältnisse, als dass wir uns die Frage stellen, warum wir jeden Morgen mitmachen und jede Nacht (scheinbar) rebellieren.
Das, was antagonistische Kultur ausdrücken und initiieren will steht in einem krassen Gegensatz zu dem, was wir daraus machen: Ein konsumierbares Produkt, dass ein paar Jahr später gegen ein anderes ausgetauscht werden kann.

Machen wir uns dadurch nicht selbst zu einem Teil der Verhältnisse, die wir abschaffen wollen?

Wer mit dem Finger auf die betrunkenen Massen zeigt, die sich jedes Wochenende im Rausch des Verdrängens über die Reeperbahn schieben oder jene beschimpft, die sich an den Gütern erfreuen, die ihnen das System für ihren hart erarbeiteten Lohn, als Lebensziele verkauft, die_der sollte nicht vergessen, dass unsere Handlungen nur eine Nuance davon entfernt sind.

Eine unversöhnliche Haltung muss sich in unversöhnlichen Handlungen, in einer Kultur des Widerstands, die mehr ist als das Mitsingen und Tanzen in ehedem erkämpften, heute mehr geduldeten autonomen Zentren, zeigen. Auch wenn wir mit vielen an diesen Orten zusammen kommen und dort temporär erleben können, wie wir leben wollen, so zeigt sich die revolutionäre Perspektive doch im Alltag.
Wir müssen unsere Inhalte jeden Tag in sozialen Beziehungen, am Arbeitsplatz, in der Uni oder auf der Straße leben und können nicht darauf hoffen, dass irgendwer (wir?) das System hinwegfegt.

Gruppe Theorie zur Praxis Mai 2015

Der Streik der GDL und die öffentliche Empörung

Worum es wirklich geht: Streit über die Zulässigkeit einer gewerkschaftlichen Strategie

Wenn man ein bisschen genauer hinguckt, dann kann man z.B. aus der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung durchaus herausfiltern, worum es bei dem Streik geht.
Die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) will eben nicht nur für die Lokomotivführer Lohnerhöhungen durchsetzen, sondern auch für andere Beschäftigte bei der Bahn, die Mitglieder bei der GDL sind. Dann gibt es noch die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), die Mitglied im DGB ist und gleichfalls um Lohnerhöhungen bei diesen anderen Beschäftigten verhandelt.
Das Unternehmen, die Bahn AG, will aber nur dann einen Abschluss mit der GDL machen, wenn dieselben Verträge herauskommen, wie in den Verhandlungen mit der EVG. Das lehnt der Gewerkschaftschef der GDL strikt ab.
„Die Tarifverträge von EVG und GDL seien `niemals zu vereinbaren`", zitiert ihn die SZ (05.05.2015, S. 2).
Dass die GDL über Lokomotivführer hinaus Mitglieder bei der Bahn gewonnen hatte, verdankte sich schließlich dem Einsatz ihrer Macht gegen einen Tarifabschluss, den die Vorgängerorganisation der EVG mit der Bahn AG abschließen wollte, der „u.a. bis zu 18 zusätzliche unbezahlte Schichten pro Jahr bei DB Regio vorsah" (wikipedia – GDL) – für die Zugbegleiter.
Das „Ungeheuerliche" ist, dass die GDL glatt folgenden einfachen strategischen Gedanken des ökonomischen Arbeitskampfes anwendet: Wenn man aufgrund eines sehr hohen Organisierungsgrades in einem entscheidenden Bereich des Betriebes die Macht hat, dem Unternehmen durch Streik Schaden zuzufügen, dann setzt man diese Macht ein, um für diejenigen Arbeiter im Betrieb, die nicht so gut organisiert sind, etwas herauszuholen. Darüber bekommt man neue Mitglieder und verstärkt so die gewerkschaftliche Macht.
Diese Strategie verfolgen die Gewerkschaften des DGB bewusst nicht. Wenn es um den Lohn der Gebäudereiniger geht, die immer am untersten Ende der Lohnhierarchie stehen, dann ist die IG Bau zuständig. Sie kämpft auf Grundlage eines schlechten Organisierungsgrades und Erpressungspotentials, wenn die Putzkräfte leichter austauschbar sind. Wenn es aber um einen Automobilbetrieb geht, warum wird dann nicht mal die gut organisierte und nicht so leicht austauschbare IG-Metall-Macht eingesetzt, um für die Reinigungskräfte ordentliche Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen herauszuholen?
Stattdessen fühlen sich die DGB-Gewerkschaften für ihre Nation und deren Wirtschaft verantwortlich - egal wie wenig sie dabei eigentlich zu bestimmen haben. Mit der Sozialpartnerschaft als Prinzip sind sie immer dabei, auf den Standort Rücksicht zu nehmen und Lohngruppierungen mit allerlei Gefälle zu akzeptieren, wenn der Gewinn in der Branche das verlangt.
Um Missverständnisse zu vermeiden: Die GDL will die Lohnarbeit nicht abschaffen, auch sie orientiert sich an Lohngruppierungen und sie ist bestimmt keine antinationale Organisation. Nur meint sie eben, dass man für die Arbeiter mehr herausholen kann und sollte. Und sie hält das zu Recht für unvereinbar mit den Strategien der DGB-Gewerkschaften.
Die Politik weiß sehr genau, worum es bei diesem Streit zwischen Bahn AG, der EVG und der GDL geht. Daher hat sie sich entschlossen, den kleineren Spartengewerkschaften zugunsten der DGB-Gewerkschaften das Leben schwer zu machen. Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit, nach dem in einem Betrieb im Streitfall nur der Abschluss der mitgliedsstärksten Gewerkschaft Geltung haben wird, will sie die GDL und damit deren Strategie machtlos machen. Alleine die Planung des Gesetzes hatte den Druck auf die GDL erhöht, die Bahn durch rücksichtslosere Schädigung zum Umdenken zu bringen.

Die öffentliche Empörung

Allerdings muss man solche Sachen aus der Berichtserstattung herausfiltern. Überwie-

gend findet die Presse (z.B. SZ, FAZ, BILD inklusive der sonstigen Springer-Verlag Presse) , ebenso wie die Politik, ein solches Gewerkschaftsverhalten unanständig und spricht der GDL-Strategie jede Legitimität ab. Das geht so:
Der Chef der Gewerkschaft wird als machtgeil dargestellt. Warum da tatsächlich eine Machtprobe ansteht, wird damit weggewischt. Alles erkläre sich aus einer subjektiven Macke des GDL-Vorsitzenden. Damit soll auch die Basis der gewerkschaftlichen Macht, die gut organisierten Lokführer, angesprochen werden, nach dem Motto: Ihr könnt euch doch nicht wohlfühlen, wenn ihr von einem Verrückten angeführt werdet.
Auf den Schaden, den die Wirtschaft durch Transportausfall nimmt, wird verwiesen. Die ganze nationale Wirtschaft würde in Geiselhaft genommen, nur wegen ein paar Zugbegleitern oder Lokrangierführern. Damit wird die Politik angefeuert, das Gesetz zur Tarifeinheit konsequent und zügig durchzusetzen.
Aber nicht nur die Wirtschaft, nein, auch die Lohnabhängigen und sonstigen armen Würstchen der Republik würden von der GDL in Geiselhaft genommen werden, sie könnten nicht pünktlich zur Arbeit, in den Urlaub fahren usw. Unterstrichen wird das Leid mit der offensiven Schilderung der beknackten Situation moderner Lohnabhängiger:
„Wer in jenen Jahren steht, die man verniedlichend 'Rushhour des Lebens' nennt, wer seinen Alltag also zwischen Familien- und Arbeitsleben so streng durchgetaktet hat, dass oft zehn Minuten über den Unterschied zwischen Belastung und Stress entscheiden, der hat nun schon vor Streikbeginn eine rechte Wut im Bauch." (SZ, S. 4)
Die Süddeutsche Zeitung unterfüttert also ihre Kritik der gewerkschaftlichen Strategie, Belastung und Stress zu vermindern, auch dort, wo die Leute nicht so gut organisiert sind, mit genau den Alltagssorgen, die ein Lohnarbeiter in modern times hat. Sie unterstellt die Leute als solche, die sich den absurden Anforderungen der kapitalistischen Lohnarbeit stellen wollen, sich also mit ihnen arrangieren wollen- und redet ihnen ein, dass sie sich dann aber das Recht verdient haben, auf jeden hemmungslos zu schimpfen, der dieses Sich-Einrichten behindert.

Was man daraus lernen könnte

Wenn der Großteil der Politik und Öffentlichkeit sagt, dass es nicht sein darf, wenn besser organisierte Abteilungen der Arbeiter sich für andere Abteilungen einsetzen, dann ist das ein Bekenntnis zur Notwendigkeit von prekären Arbeitsverhältnissen. Das ist ja auch sonst kein Geheimnis, dass sich abgesehen von ein paar linken Ausnahmen alle Parteien und Zeitungen einig sind, dass Deutschland so gut dasteht, weil es mit den Hartz IV-Reformen die Armut der Lohnabhängigen flächendeckend forciert hat. Was ist, wenn das stimmt und die linken Ausnahmen wie Die Linke unrecht haben? Wäre es dann nicht mal an der Zeit zu fragen, ob Deutschland oder nationales Wirtschaftswachstum glatt das Gegenteil von einer sicheren Versorgung ist – zumindest für diejenigen, die kein Kapital haben? So sehr wir auch der GDL ein bisschen die Daumen drücken, wäre dann aber auch etwas anderes fällig, als der Kampf um „faire Löhne" (GDL). Was soll das sein? Entweder ein Lohn reicht zum Leben oder noch besser dazu, dass sich das Leben auch entwikkelt oder eben nicht. Mit „fair" wird so getan, als wenn das Verhältnis von Unternehmen und Lohnarbeit eine win-win Situation sein könnte, bei der beide Seiten etwas hineingeben und dafür einen Nutzen herauskriegen. Dabei führt die Bahn AG der GDL doch praktisch immer wieder vor, dass das Interesse am Gewinn auf Kosten der Lohnabhängigen geht. Ideologisch nimmt die Bahn AG das Argument der win-win Situation auf, wenn sie der GDL vorrechnet: Gerade die Lohnabhängigen sind vom Gewinn der Bahn AG abhängig und dann könnt ihr den doch nicht gefährden, weil eure Mitglieder davon doch leben!
Daher wäre uns folgender Standpunkt lieber: Streiken für bessere Arbeitsverhältnisse ohne zu begründen, warum das Andere, insbesondere das Unternehmen, einsehen sollten, dass das doch o.k. ist. Rausholen, was rauszuholen geht. Die Feindschaft, die das Unternehmen, die Öffentlichkeit und die Politik aufmacht, zum Anlass nehmen, um über die grundsätzliche Unvereinbarkeit von sicherer/stressfreier Lebensführung auf der einen Seite und Gewinn und davon abhängige Lohnarbeiter auf der anderen Seite aufzuklären. Denn eines ist klar: Sollte die GDL doch noch Erfolg haben, wird die Bahn nach neuen Wegen suchen, den Lohn zu mindern und die Arbeitszeit auszudehnen oder zu intensivieren. Vielleicht mit einer neuen Billig-Bahn-Abteilung, wie Lufthansa das gerade mit Germanwings macht? Daher: Lohnarbeit lohnt sich nicht für die Lohnarbeiter, egal ob als GDL-Lokführer oder Mini-Jobber. Dass sie für die meisten der einzige Weg ist, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, macht die Sache weder besser noch erträglicher. I

Ein Text von den Gruppen gegen Kapital und Nation – 01. Juni 2015

I Mehr, warum das so ist, in dem Buch: „Die Misere hat System: Kapitalismus."

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

O8.05. Kein Vergeben - kein Vergessen, Aktion gegen Hilde Michnia

Kein Vergeben - kein Vergessen. Diese Worte wollen wir Hilde Michnia, geborene Lisiewicz, mit unserer Aktion am 8.5.2015 ins Gedächtnis rufen. Hilde Michnia, wohnt seit Jahrzehnten unbehelligt Achtern Born Nr.123 in HH. Sie war spätestens 1943 mit Anfang zwanzig für die Bewachung von KZ-Häftlingen in einer Munitionsfabrik in Grünberg zuständig. Am 25.11.1944 tritt sie in die SS im KZ Groß-Rosen ein. Als das Lager aufgrund der herannahenden Roten Armee aufgegeben wird, beaufsichtigt Michnia einen der Todesmärsche nach Gubin, bei dem von ca. 2000 Frauen 1400 umkamen. Ab 3.3.1945 arbeitete sie im KZ Bergen-Belsen als Aufseherin in der Küche. Zeuginnen berichten, dass Hilde Michnia Häftlinge misshandelte, krankenhausreif schlug und mind. 2 Menschen zu Tode prügelte.
Die mittlerweile 93 Jährige Michnia bereut nichts: "Das ist alles erlogen", "Ich habe nichts gemacht", das sind ihre Worte, obwohl sie Anfang 2000 ihre Verbrechen teilweise zugegeben hatte.
In Interviews sagt Michnia, von Gräueltaten habe sie nichts mitbekommen, bei dem Todesmarsch sei niemand umgekommen. Jeden Tag hätte es warmes Essen und Kakao für alle gegeben (!).

Bei dem ersten "Belsen trial", dem Prozess, den die britische Armee nach Kriegsende in Lüneburg ansetzte, wurde sie für ihre Mitgliedschaft in den Wachmannschaften zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Von den insgesamt 45 Angeklagten wurden 15 freigesprochen und 19 zu Freiheitsstrafen verurteilt.
Nun eröffnete die Abteilung 73 (NS-Verbrechen) der HH-Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Hilde Michnia wegen Beihilfe zum Mord. Bisher wurde von deutscher Seite kein_e einzige_r der Wachleute, die die Todesmärsche führten, zur Rechenschaft gezogen.

Trotz über 170.000 Ermittlungen seit 1945 von deutschen Behörden gegen Täter_innen, wurden nur etwas mehr als 6.600 verurteilt: 6.300 Freiheitsstrafen wurden verhängt, in der Regel bis zu 5 Jahren Haft. Viele KZ-Schergen kamen davon, weil 1969 der Bundesgerichtshof beschlossen hatte, dass für eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord eine individuelle Schuld nachgewiesen werden müsse. Erst das Urteil gegen den ehemaligen Wachmann von Sobibor, Demjanjuk, im Jahre 2011, ermöglichte die juristische Verfolgen von allen, die die Tötungsmaschinerien am Laufen hielten, unabhängig von ihrer Stellung in der Befehlshierarchie und ohne zwingend einen Nachweis einzelner konkreter Taten und individueller Verantwortung erbringen zu müssen.
Vermutlich wird Michnia wie viele andere Nazis aufgrund ihres Alters erneut mit keinen juristischen Konsequenzen rechnen müssen.

All diese Entscheidungen erstaunen uns keineswegs. Vom postfaschistischen deutschen Staat und seiner Justiz ist nichts anderes zu erwarten - wie von keinem Staat und keiner Justiz auf der Welt etwas zu erwarten ist.
Unabhhängig von den späten Ermittlungen und Schauprozessen dieses Staates, der nach wie vor Entschädigungen an die Opfer des NS-Regimes, z.B. in Griechenland, verweigert, der viele der Täter unbehelligt ließ und in "Amt und Würde" übernahm: Wir wollen Hilde Michnia ihre Ruhe nicht gönnen!
Als eine Form kaempferischen Gedenkens und als Angriff haben wir das Haus, in dem sie wohnt, mit Farbe markiert, Parolen gesprueht, ein Feuer vor ihrem Haus gelegt und die Nachbarschaft ueber ihre Vergangenheit informiert. Als Zeichen gegen alle Nazi-Täter_innen, den Staat, der sie schuetzt und in Gedenken an die Ermordeten.
Laut einer jüngst veröffentlichten Umfrage wollen 42 % der Deutschen einen Schlussstrich unter die "NS-Zeit" ziehen. Sie sind der Meinung, dass der Nationalsozialismus und seine Verbrechen genügend aufgearbeitet worden sind. Wir schließen uns dieser Auffassung nicht an, sondern wollen nach wie vor eine Auseinandersetzung mit dem NS und wünschen uns vielfältige Initiativen gegen die noch lebenden Täter_innen. Deshalb noch 2 Anschriften von Nazi-Tätern aus HH und der näheren Umgebung.

Gerhard Sommer, Unterstürmführer und Kompaniechef in der Panzergrenadierdivision Reichsführer SS. 2006 ist er von einem italienischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden, wegen seiner Beteiligung am Massaker in Sant'Anna di Stazzema im August 1944. 560 Menschen wurden dort von den Nazis ermordet. Einem Auslieferungsbegehren Italiens ist Deutschland nicht nachgekommen. Obwohl er laut einem Gutachten bedingt verhandlungsfähig ist, verschleppt die Hamburger Staatsanwaltschaft die Eröffnung des Verfahrens. Sommer lebt in einer Seniorenwohnanlage in Hamburg Volksdorf im Lerchenberg 4.

Alfred Lühmann, mitverantwortlich für Massaker im Früjahr 1944 in Monchio, Susano, Costrignano und Monte Falterona, bei denen hunderte Menschen von Soldaten der Division Hermann Göring getötet wurden. Im Juli 2011 ist er in Italien zu lebenslang verurteilt worden. Lühmann lebt in Bargstedt bei Stade.

Kein Vergeben und kein Vergessen für Hilde Michnia und ihresgleichen! Keine Ruhe für NS-Verbrecher innen! Fuer die Freiheit!



DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

18.-26.05. Aktionsreihe gegen den neuen Senat

Jetzt ist es amtlich: Die hamburger Grünen haben sich - mal wieder, wir erinnern an Schwarz/Grün unter Aalhaus - für ein paar Senatsposten verkauft. Das kommt nicht überraschend, zum Brechen ist es trotzdem! Eine politische Lösung für die Gruppe Lampedusa in Hamburg wird im Koalitionsvertrag nicht mal erwähnt und einen Abschiebestopp wird es nicht geben. Geschlossene Heimunterbringung und Olympia? - Scheißegal! Hauptsache endlich wieder an der Macht!

Wir bleiben dabei: Druck machen und den Aufenthalt der Lampedusa Gruppe durchsetzen! Als Geste unserer Wut und als Zeichen an Grünenfraktion haben wir in der Nacht auf den 18. Mai Jens Kerstan / Sichter 16 mit Farbe besucht.

In den Morgenstunden des 26. Mai krachte es dann bei Katharina Fegebank / Sternstr. 29 und Anjes Tjarks / Hospitalstr. 85
Das Sterben an Europas Grenzen wird nur aufhören, wenn wir hier die Bedingungen erkämpfen, dass Alle bleiben können.

- Versteckt Flüchtlinge
- Verhindert rassistische Kontrollen der Polizei
- Feuer + Flamme für jeden Senat

* * * * *

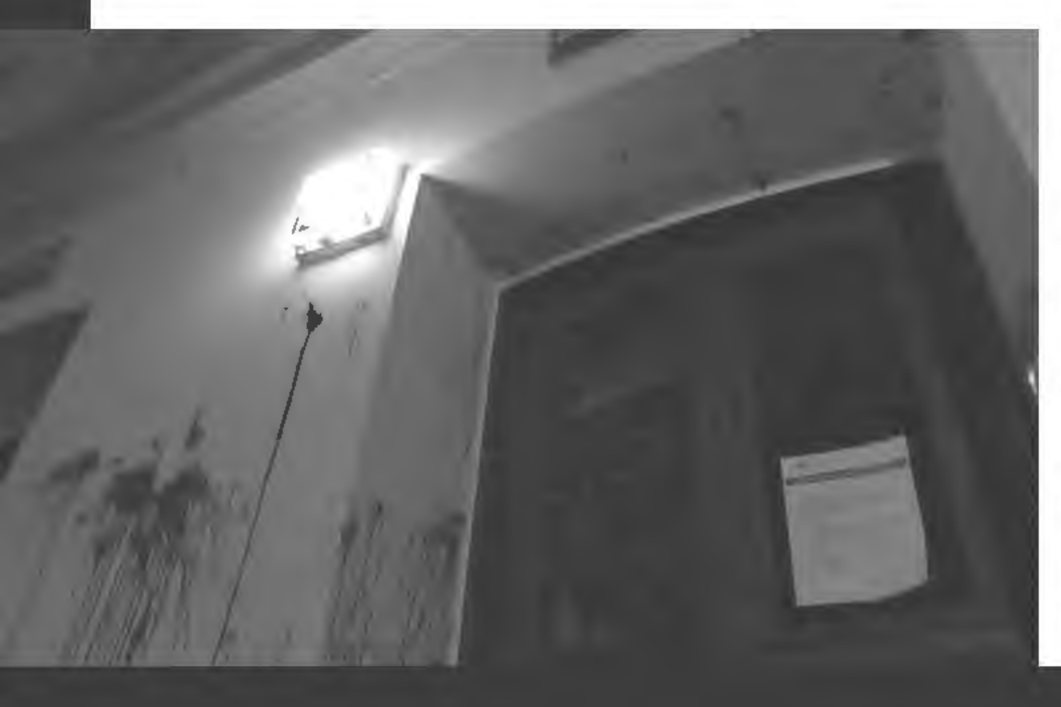
31.05. Brandanschläge auf das Schienennervensystem des Hamburger Hafens - Angriff auf die internationale Welthafenkonferenz in Hamburg

Wir haben in der Nacht vom 31.5. auf den 1.6. den Bahnverkehr von und zum Hafen Hamburg an 2 wichtigen Stellen unterbrochen. Feuer loderte in Kabelschächten an folgenden Orten:

* ICE Strecke nach Lüneburg/Hannover: Die Hälfte aller über die Bahn transportierten Güter des Hamburger Hafens nimmt diesen Weg.

* Abschnitt Hausbrucher Moor, Übergang zu den großen Terminals Altenwerder, Eurogate und Burchardkai und der Kattwykbrücke. An den Hamburger HHLA-Terminals werden mehr Container auf Züge verladen, als in Rotterdam und Antwerpen zusammen.

Vom 1. bis zum 5. Juni 20015 geht in Hamburg die 29. Zusammenkunft der IAPH (International Association of Ports and Harbours) über die Bühne. Alle 2 Jahre treffen sich die Vertreter*innen der Hafenwirtschaft, Hafenverwaltungen und -verbände und die Vorstände der globalen Reedereien zu der bedeutensten Konferenz der maritimen Wirtschaft. Die IAPH vertritt 270 Häfen aus 90 Ländern, die über 80% des weltweiten Containerverkehrs abwickeln.



Dieses Jahr stehen 2 Themen im Mittelpunkt, die in Hamburg eine enorme Bedeutung haben: "SMARTPORT" und "CRUISE SHIPPING".
Bei SMARTPORT geht es darum, das Zusammenspiel aller Verkehrsträger, Schiffe, Terminals, LKW's und Eisenbahnen zu optimieren, damit der Verkehr und die Warenströme effizienter und schneller fließen können. Der Energieverbrauch soll möglichst mimimiert werden.
Gerade in Hamburg, wo der Hafen in der Stadt liegt und Straßen, Schienen und Wasserwege nicht unbegrenzt ausgebaut werden können, muß die vorhandene Infrastruktur besonders nachhaltig genutzt werden. Die beiden wichtigsten Konkurrenzhäfen in Europa, Rotterdam und Antwerpen, verfügen z.B. über eine nahezu doppelt so große Fläche wie die Hansestadt.
Im Bereich der Vernetzung trumpft Hamburg mit einer für den Hafen entwickelten Software der Firmen Dakosy und Lufthansa Systems auf, welche 2000 Teilnehmer*innen des Hafenverkehrs, wie Speditionen, Reedereien und Behörden verbindet.
An der Entwicklung einer Computerplattform für Europas größtes Frachtflugdrehkreuz in Frankfurt am Main, dem Cargo Community System hat Dakosy mitgearbeitet.
Dem Ausbau des Bahnhafens (der einer exzellenten Ruf in Europa hat) sowie der Stärkung von Bahnzubringerdiensten wird große Bedeutung beigemessen. Bahnzubringerdienste steigerten die Transportleistungen beträchtlich und verdoppelten ihr operatives Ergebnis. Vorhersagen gehen von einen sprunghaften Anstieg des Schienengütervolumens Richtung Osten von bis zu 100% aus. Die Katwyk und die Rethebrücke werden aktuell für einen 3 stelligen Millionenbetrag erneuert.
Was den Aspekt CRUISE SHIPPING betrifft, hat Hamburg sich in der letzten Dekade zu einem absoluten Hotspot im internationalen Kreuzfahrtgeschäft gemausert. Deutschlands wichtigster Kreuzfahrthafen nimmt den 3. Rang im europäischen Vergleich ein. 600 000 Passagiere kamen 2014 bei 189 Schiffsankünften in Hamburg an. In Steinwerder ist rechtzeitig zur Weltkonferenzh ein drittes Kreuzfahrtterminal und in Altona eine Landstromanlage für Kreuzfahrer fertiggestellt worden.
Blohm und Voss hat einen Rahmenvertrag mit dem weltgrößten Cruise Shipping Kon-

:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

zern Carnival Corporation geschlossen. Im April lagen zeitgleich 3 Ozeanriesen zur Reparatur und Wartung in den Docks. Das Geschäft mit Kreuzfahrten wird weltweit auf 40 Milliarden Dollar beziffert. In den Häfen von Dubrovnik und Venedig haben sich Bürgerinitiativen gegründet, aus Protest - da die Urlaubermassen bei Landgängen sie geradezu erdrücken.
Und während für die privilegierten Touristen der Metropolenländer eine Schifffahrt auf dem Mittelmeer ein Vergnügen bedeutet, ist sie für die Geflüchteteten auf dem Weg nach Europa ein Kampf mit dem Tod. Wer es bis in die "Hoffnungsstadt Hamburg" (Selbstbeiweihräucherung des rotgrünen Senats) schafft, erhält kein Bleiberecht, wie das Beispiel der Lampedusa-Gruppe zeigt.
Mit Brot und Spielen, dem "Hafengeburtstag" (abgefeiert als weltgrößtes Hafenfest) und den Hamburg Cruisedays schafft die Stadt in Zusammenwirken mit der maritimen Wirtschaft, dass der Hafen eine hohe Akzeptanz und Beliebtheit unter der Bevölkerung genießt.
Der Hafen wird nicht als Ort der Produktion und Distribution von Waffen, als Ort der Erzeugung starker Luftverschmutzung und Schadstoffausstoßes wahrgenommen, sondern eher positiv als Tor zur Welt angesehen.

Vergessen und vergeben sind koloniale Verbrechen, die ihren Ausgangspunkt im Hamburger Hafen hatten: die Aufrüstung zweier Kriegsmarinen, mit dem Ziel imperialer Werltherrschaft und die Ausradierung diverser Stadtviertel inclusive der Vertreibung der Bewohnber*innen zum Wohle des Hafenausbaus. Von der weitestgehendsten Zerstörung der Elbe gar nicht erst zu reden.
Anfang Juni wird die Präzisierung des europäischen Gewässerrechts durch den europäischen Gerichtshof erwartet. Die höchstrichterliche Entscheidung zur erneuten Elbvertiefung wird in einigen Monaten folgen. Eine Zurückweisung der Interessen der Hafenwirtschaft ist nahezu auszuschließen und würde eine Sensation bedeuten.
Die angestrebte Ausrichtung der OLYMPISCHEN SPIELE 2024 wird auf der Hafenkonferenz zur Sprache kommen, denn das Olympiastadion soll auf dem kleinen Grasbrook im Hafen erbaut werden.
In einer Absichtserklärung haben sich die Hansestadt und die Hamburg Port Authority den Hafenbetrieben gegenüber zu umfangreichen Zugeständnissen in vermutlich milliardenschwerer Höhe bereiterklärt. Der Senat sichert im Fall einer erfolgreichen Bewerbung der Hafenwirtschaft adäquate Ausgleichsflächen zu, auf denen die bisherigen Unternehmungen ohne Einschränkung fortgeführt werden können. Hamburgs übernimmt Ersatzinvestitionen für die Unernehmen, die bisher auf dem Kleinen Grasbrook angesiedelt sind. Alle Kosten einer Verlagerung werden übernommen. Einer Nachnutzung des Olympiageländes mit Wohnungsbau stimmt die Wirtschaft nur zu, wenn sie keine Beeinträchtigung der benachbarten Betriebe bedeutet. Eine Erweiterung des Hafennutzungsgebietes um 45 Hektar ist angelaufen. Für eine ortsnahe Beherbergung haben die großen Kreuzfahrtlinien bereits den Finger gehoben. (Während der Spiele in Athen und Barcelona wurden viele Besucher*innen auf Kreuzfahrtschiffen untergebracht.) Als neuste Promotionsidee für ein Olympiastandort Hamburg wurde jetzt beschlossen, 2016 nach den Spielen in Rio und 2020 in Japan das deutsche Nationalteam im Hamburger Hafen auf dem Gelände des Kleinen Grasbrooks zu begrüßen (nachdem das Team vorher auf dem Gelände von Airbus landet und dort aufs Schiff umsteigt): Jubel-Hamburger*innen empfangen Fähnchen schwingend und jauchzend ihre deutsche Held*innen und Sportskanonen.

Alle Tage Sabotage

"Der Vorschlag von Guerillaangriffen ist es, den Kampf in verschiedenen Territorien und Facetten des Lebens zu verbreiten. Finanz-, Justiz-, Kommunikations-, Militär- und Transportinfrastruktur werden weiterhin Ziele (...) sein."
Informal Anarcist Federation
Dieses Zitat stammt aus einem Schreiben, welches zu einem Angriff auf den Zugverkehr in Bristol im Mai 2012 veröffentlicht wurde. Bei der Aktion haben die Aktivist*innen an 2 Stellen in Bristol Signalkabel der Bahn verbrannt, um Angestellten des nahegelegenen Kriegsministeriums und Mitarbeiter*innen der Rüstungsfirmen Raytheon und Thales den Weg zu ihrer Arbeitsstelle abzuschneiden.
Am 17.3.2015 zerstörte die "Achse des Pöbels" 3 Verteilerkästen von Vodafone und Erdableitungen eines Strommastes bei Eschborn, um die Stromversorgung der Rechenzentren der Deutschen- und der Commerzbank und der Börse zu beeinträchtigen.
Im Juli 2014 versuchten Magma-Aktionszellen mit Brandanschlägen auf Kabelschächten den Zugverkehr in den Hamburger Hafen zu unterbrechen.
In Belgien sabotierten Genoss*innen im Mai 2014, einen Tag vor den Wahlen, Sendemasten und Telekomunikationsanlagen.
In Berlin gab es in den vergangenen Jahren einige Aktionen vulkanologischer und autonomer Gruppen, um die Hauptstadt lahmzulegen.
Die Methodiken verbreiten sich. Und der Hafen Hamburg wird wegen seiner großen Bedeutung zukünftig im Focus bleiben. Viele gute Gründe sprechen dafür, hier anzugreifen s.o..
Darüber hinaus gibt es unserer Einschätzung nach Anknüpfungspunkte für Solidaritätsinitiativen zu den Kämpfen zu den Textilarbeiter*innen in Asien (70% der in Deutschland verkauften Kleidung und 80% der Schuhe werden in den Seehäfen verladen).
Oder: im Trikont unter fürchterlichen Bedingungen abgebaute Bodenschätze wie Erze und Kohle für deutsche Kraftwerke und Industrie werden hier an Land gebracht ...

Koordinierte Angriffe auf das bundesweite Bahnnetz können die Metropole empfindlich treffen, bzw sogar lahmlegen. Das Institut der deutschen Wirtschaft fasst die Wirkung von Arbeitskämpfen bei der Bahn so zusammen: "Ab vier Tagen wird es teuer." In den Zeiten begrenzter Vorratslager und schneller kurzfristiger Lieferketten "schießen die Schäden nach 4 Tagen ohne Schienen in die Höhe" . (Zweidrittel des Exportvolumens der deutschen Automobilindustrie und des Maschinenbaus wird über die deutschen Seehäfen verschifft.)

internationale Solidarität praktisch werden lassen * Olympia versenken * Atomtransporte stoppen * Kapitalismus stilllegen

*flüsterbremsen*für*den*hafeninfarkt*

Flora Termine

1. Juli 2015 Rote Flora 19.30Uhr
Rote Flora Soliparty und Konzert mit MAKU Soundsystem (NYC/Queens)für die Sommerbaustelle

2. Juli 2015 Rote Flora 19.00Uhr
Antimuslimischer Rassismus oder notwendige Kritik des Islam? Über die Bedeutung von antimuslimischem Rassismus in der (linken) »"Islamdebatte" und die Grenze zwischen "Islamkritik" und Ressentiment. Referenten: Ismail Küpeli und Floris Biskamp.
In der Reihe: "Islamic State of Mind?" - Linke Positionen zu Islamismus, Antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus.

11.Juli 2015 rund ums Millerntor 10:00 Uhr
Flora Football Alltogether
Kleinfeld-Fußballturnier. Soli für die Sommerbaustelle der Roten Flora. Mit Infoständen, DJs, Essen usw.

Ab 20Uhr Fanräume Millerntorstadion:
Kein Hass da
Arrested Denial
Jesus Skins
+ DJ MPunkT Messer (80er/Wave/Punk).

….. und ansonsten hat die Flora keine Zeit für Veranstaltungen denn jetzt hat sie begonnen:
DIE SOMMERBAUSTELLE!

Spendenkonto
Empfänger: Rechtsanwalt Beuth
IBAN: DE12 2001 0020 0336 5932 03
BIC: PBNKDEFF Postbank
Betreff: "Sommerbaustelle"



Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)
druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.
motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!
fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!
offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!
sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!
bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!